

Biblioteka
U. M. K.
Toruń

040335 / 1846
II

Das

521.

Westphälische Dampfboot.

Eine Monatschrift.

Redigirt

von

Dr. Otto Lüning.

Zweiter Jahrgang.

November.

Preis pro Jahr 2 Thlr. 12 Sgr.

Ervinger Lexicabines

Bielefeld, 1846.

Verlag von A. Helmich. — Druck von J. D. Küster, Wittve.

Aufgeschnittene Exemplare werden unter keiner Bedingung zurückgenommen.

8.1.1

010335





Y. 2

Das Programm der „Deutschen Zeitung“ und Dahlmann's Brief.

Schon seit mehreren Monaten waren Gerüchte von der beabsichtigten Gründung einer neuen, großen Regierungszeitung verbreitet. Die Gerüchte fanden um so bereitwilliger Glauben, als Jeder sich gestehen mußte, daß die bisherigen Regierungszeitungen, die „Allg. Preuß. Ztg.“, die „Ztg. für Preußen“, und der „Rhein. Beobachter“, obgleich er unter Kuratel gestellt war, auch den bescheidensten Anforderungen nicht zu genügen vermochten. Die neue Zeitung aber sollte etwas Außerordentliches, nie Dagewesenes werden; nur Geheimeräthe oder höchstens Professoren, die täglich Geheimeräthe werden konnten und es auch gern werden wollten, sollten in das Innerste des Heiligthumes als Redaktoren zugelassen werden. Deshalb nannte man das neue Unternehmen auch die „Geheimerathszeitung.“ Im Ubrigen waren die Nachrichten unsicher und schwankend. Man vermuthete zwar, daß die Theologie stark vorherrschend sein würde; aber man wußte nicht, ob man protestantische und katholische Theologie in einem Blatte zu Berlin vereinigen, oder sie separirt die eine in Berlin, die andere in Köln am Rhein zu Tage fördern wollte. Man wußte nicht, wie das neue Unternehmen eingerichtet werden, wann es in's Leben treten sollte. Denn bald hieß es, das Programm sei erschienen und das Blatt werde demnächst erscheinen; bald hieß es, das Programm habe zurückgezogen werden müssen, weil es gar zu ungeschickt abgefaßt gewesen wäre, und an das Erscheinen des Blattes sei vorerst nicht zu denken. Ebenso verschieden waren die Erwartungen, die man von dem neuen Blatte hegte. Während die Einen dasselbe *prænumerando* als deutsches *Journal des Débats* begrüßten, hegten die Andern bescheidene, aber gerechte Zweifel, ob Geheimeräthe und Professoren, die es werden wollten, im Stande wären, so viel *esprit*, journalistischen Takt, diplomatische Gewandtheit und eleganten Styl aufzuwenden, als die Redakteure des französischen Journals besitzen. Man meinte, geistige Regsamkeit und Beweglichkeit, Fähigkeit, die Erscheinungen der Zeit unbefangen, ohne bürokratisches Vorurtheil aufzufassen und wiederzugeben, eleganter Styl, gewandtes, durch Geist, Witz und Ironie gewürztes Auffangen und Zurücksenden der feindlichen Geschosse seien keine Eigenschaften, welche Geheimeräthe und Professoren, die es werden wollten, grade nothwendig zu

bessern brauchten; man könne ein brauchbarer Geheimerath und ein gelehrter Professor sein und doch nebenbei ein hölzerner, ungenießbarer Journalist. —

Diese letztere Ansicht bestätigt sich. Ob das Programm zurückgezogen und dem Unternehmen nicht mehr zu Grunde gelegt werden soll, seit Dahlmann, den man zur Theilnahme aufforderte, diese unter einer kritischen Beleuchtung des Programms versagte, hat man zwar mehrfach behauptet, aber auch mehrfach widersprochen. Mag man aber auch versuchen, ein neues besseres abzufassen, die Verbesserung wird sich uur auf die Form, nicht auf den Inhalt beziehen. Wir halten uns an das erste, welches man der Öffentlichkeit nicht entzogen hat; ein Münchener Blatt und nach ihm die „Köln. Ztg.“ haben es vollständig mitgetheilt. Man thut in der That wohl daran, ein anderes anfertigen zu lassen; denn das vorliegende Altstück ist eine Sehenswürdigkeit an schwerfälligem Styl, unklarer Ausdrucksweise, unverständlichen Absichten und inhaltleerem Schwulst. Wollen wir dem ersten Eindruck, den das Programm auf uns macht, Worte leihen, so müssen wir als die beabsichtigte Tendenz des Blattes unbedingte Apologie der Regierungsansichten, entschiedene Geltendmachung der orthodoxen Theologie, des Pietismus und vornehmes büreaukratisches Herabsehen auf alle eigene Thätigkeit des Volkes in den öffentlichen Angelegenheiten annehmen. Die Worte lassen aber, wenn auch nicht durch ihre Glätte und Gewandtheit, doch durch ihre Geschraubtheit und Gezwungenheit einem gewandteren Dialektiker, als der Verfasser des Programms einer ist, allerdings an manchen Stellen eine Hinterthür offen und das mag wohl nicht ohne Absicht in der Erwartung kritischer Beleuchtungen geschehen sein. —

Gleich der erste Satz des Programms ist so unklar und weitföchtig gefaßt, daß er alle möglichen Auslegungen zuläßt. „Der Kreis der Herausgeber setzt bei den Gleichgesinnten voraus, daß sie an eine nicht etwa erst künftig kommende, sondern jetzt schon, ob auch mangelhaft bestehende sittliche Weltordnung glauben.“ An eine „bestehende Weltordnung“ braucht man nicht zu glauben, sondern man kennt sie, man kann sie mit Händen greifen. In diesen Satz lassen sich alle möglichen Glaubensbekenntnisse hinein stellen; der Eingang und der Ausgang sind weit, wie Stadthore. Denn es kommt nur darauf an, ob man bei der „Weltordnung“ den Nachdruck auf bestehend oder auf sittlich legt, und in wie weit man sie als mangelhaft anerkennt. Daß das „gewaltthätige Auflösen des Bestehenden das Gute mit dem Schlechten vernichte“ ist eine sehr unhistorische Behauptung. Unter „gewaltthätigem Auflösen“ kann man doch unmöglich bloß die Emeute, die Gewalt der Waffen, die ohne Grund angewendet wird, weil es dem oder jenem zufällig beliebt, verstehen; auch die Geseze, die alte Mißbräuche abschaffen, zerstören das schlechte Alte gewaltsam. Und will etwa das Programm behaupten, daß die aus materiel-

ler Noth und philosophischer Aufklärung hervorgerufene, durch die sinnlose Verschwendung des Hofes, durch die Verderbtheit und die Anmaßung des Adels und Klerus erstarnte französische Revolution das Gute mit dem Schlechten vernichtet habe? Will es dasselbe den preussischen Reformen nach der Schlacht von Jena unterlegen, welche ohne Rücksicht auf „wohlhergebrachte“ d. h. durch Mißbrauch erworbene „Rechte“ die Eigenhörigkeit aufhoben und die persönliche Freiheit, die Freiheit des Eigenthums herstellten? Wer zu viel behauptet, behauptet Nichts.

„Das beabsichtigte Blatt erscheint zunächst als eine Opposition gegen die Oppositionspresse.“ Das hieße, das Blatt will die Grundsätze der Regierung den Grundsätzen der Opposition gegenüber vertreten. Dagegen wird Niemand etwas einzuwenden haben, das wird sogar, wenn es mit Anstand und Geschick geschieht, der Oppositionspresse willkommen sein. Aber die neue „Deutsche Zeitung“ hütet sich wohl, ihr Prinzip so offen und rückhaltlos hinzustellen; ein so klarer Ausdruck ist Nichts für sie. Sie schielt sogleich wieder nach einem Hinterpfortchen und qualifizirt deshalb die Oppositionspresse, der sie opponiren will, näher als eine solche, „die dem Bestehenden feind ist, weil es besteht, und deren Organe es deshalb offen anlaufen und heimlich untergraben.“ Dieser Satz ist sinnlos und perfide obendrein. Wo ist die Oppositionspresse, welche das Bestehende angreift, weil es besteht? Wo kann sie in Preußen sein, wo die Censur herrscht? Was ist das Bestehende? „Darunter wird doch sicherlich nicht bloß verstanden sein, was am 27. Juni d. J. bestand“, sagt Dahlmann. Wenn man die Erhaltung des Bestehenden *à tout prix* als Bedingung aufstellt, so schließt man eben jede Entwicklung des Staates aus und die „deutsche Zeitung“ wäre konservativer, als irgend eine deutsche Regierung. Denn es gibt keine, die nicht zuweilen durch Neuerungen das Bestehende geändert hätte. Warum sagt die „deutsche Zeitung“ kein Wort von den Gründen, mit welchen die Oppositionspresse ihre Angriffe unterstützt hat? Warum stellt sie sich, als existirten solche Gründe gar nicht, die man erst widerlegen müßte? Doch ja, sie will „aus den schwachen Angriffsmitteln auf die Schwäche des Prinzips hinweisen“; d. h. sie will die Oppositionspresse für Alles das verantwortlich machen, was die Censur ihr zu sagen verbietet, wie der Censor Reuter in Königsberg, der erst selbst einen Artikel der „Königsb. Btg.“ verstümmelte und dann in einem anderen Blatte waidlich über den verstümmelten herfiel. Die „deutsche Zeitung“ scheint sich allerdings in einer vortheilhafteren Lage zu befinden. Denn sie soll dem Vernehmen nach einen eigenen Censor haben und zwar den Geh. Reg.-Rath Kortüm, welcher ihr Programm, wahrscheinlich doch als Mitarbeiter, selbst mit unterzeichnet hat. Da wird sie freilich von der Censur nicht sehr genirt werden. Es ist aber unedel, mit blanker Waffe

einen waffenlosen Gegner anzufallen und ihn hinterher über den Mangel an Waffen zu verhöhnen. Gleiche Sonne, gleicher Wind, ist eine alte deutsche Kampfbedingung. Die Oppositionspresse hat aber bis jetzt das Feld siegreich gehalten, obgleich diese Bedingung nicht bestand.

Wie die "deutsche Zeitung" selbst sich zu dem "Bestehenden" stellen will, darüber sind zwar viele Worte gemacht, ohne daß man in ihnen einen bestimmten Sinn zu entdecken vermöchte. Sie will das Bestehende nicht vertheidigen, weil es besteht, sie schließt sogar die Opposition nicht aus. Aber wo und wie will sie Opposition machen? Darüber findet sich nur ein dunkler Drakelspruch. "Alles Bestehende als solches (als welches und als welches nicht?) ist konzentriert im Staate und seiner Regierung; soll also für das Bestehende in die Schranken getreten werden, so muß ein Organ, wie das beabsichtigte, Freund der Regierung sein, Freund und eben deshalb nicht Knecht oder Diener." Worte, Worte! Warum führt man keine konkrete Fälle an, aus welchen man die Tendenz und die Ansicht der Zeitung kennen lernen könne? Hinter diesen vagen Redensarten kann sich jede beliebige Gesinnung verstecken. Mit Recht sagt Dahlmann: "Ich hoffe, sie werde auch Freundin genug der deutschen Regierung sein, um ihren Rathgebern in allen Fällen zu opponiren, wo diese selbst dahin gerathen, zu Recht Bestehendes zu vernichten und dadurch den Glauben an den Bestand der deutschen Staatsordnungen zu untergraben." Deshalb fordert er von seinem konstitutionellen Standpunkte aus, die "deutsche Zeitung" hätte sich z. B. offen über die Schleswig-Holsteinische und Hannöversche Frage aussprechen, sie hätte erklären sollen, "ob sie das konstitutionelle Prinzip mit voller Billigung anerkenne, oder nicht. Erklärt sie sich dagegen, so wird sie nun und nimmermehr eine "deutsche Zeitung" werden; ihr Titel wird ihre Verurtheilung sein." Allerdings ließe sich durch eine solche Erklärung ihr ein bestimmter Platz anweisen, was nun nicht möglich ist. —

In den folgenden Abschnitten über die Stellung der Zeitung zu Regierung und Volk einerseits und über die Stellung des Volkes und der Regierung zu einander herrscht ein solch' konfuse's Durcheinanderrwürfeln der Begriffe "Staat, Regierung und Volk", daß man schlechterdings nicht weiß, was das Programm will; vielleicht weiß es das selbst nicht und setzt am Ende noch eine Prämie für die Entdeckung seiner Absichten aus, wie Unterhaltungsblätter für die Lösung ihrer Rebus. Nur tritt aus den dunklen, hochtrabenden Worten unverkennbar eine starre bürokratische Anschauung, ein vornehmes Herabsehen auf das Volk hervor, welches nur nothdürftig mit philanthropischem Fuchspelz verbrämt ist. Die Zeitung will "Vermittler sein zwischen Regierung und Volk." Es besteht "unläugbar ein Zwiespalt zwischen beiden"; "die Regierung greift zu weit, wenn sie von sich aus

die ganze Leitung des gesellschaftlichen Lebens übernehmen will.“ Einverstanden; da ist doch einmal ein bestimmter greifbarer Satz. Aber „daß das Volk zu weit greife, die Sphären seiner eigentlichen Bethätigung überschreite, ist nicht weniger wahr.“ Eure Gründe, Hans, eure Gründe! Warum werft ihr dem guten Michel vor, daß er, der wenig oder Nichts thut, die „Sphären seiner Bethätigung überschreite“, daß er im Jahrhundert des „Fortstretts“, des organischen, historischen, mit Recht beargwöhnt werden könne, er wolle durchgehen? Nun? Heraus mit der Sprache! Keine Antwort! Und wenn Gründe so wohlfeil wären wie Brombeeren, ihr würdet sie von der neuen „deutschen Zeitung“ so wenig herauskriegen, als von dem alten Hans Fallstaff im wilden Schweinskopf zu Gastcheap. Jetzt rückt aber die Bürokratie an. „Das Volk bewegt sich nach Trieben, die Regierung mit Bewußtsein.“ Man braucht das letztere nicht zu läugnen (und allerdings macht sich grade jetzt das „Bewußtsein der Regierung“ überall geltend, das „System“ ist ausgebildet), ohne darum das erste zugeben zu müssen. Warum bewegt sich das Volk nach Trieben d. h. nach unklaren Gefühlen, nach seinem Instinkt? Warum soll es nicht wissen, was es will und was ihm frommt? Antwort: Weil die „deutsche Zeitung“ es so dekretirt hat, weil, da es eine Bürokratie in ihrem Sinne geben soll, es auch ein Volk geben muß, welches seinen Lebenszweck darin sieht, sich von jener leiten, blindlings leiten zu lassen. Deshalb fährt sie fort: „Dem Wissenden und dazu dem, der durch seine ganze Stellung an's Handeln gewiesen ist, gebührt die Initiative.“ Da haben wir des Pudels Kern, den Beamtenstaat, „wie er sein soll.“ Das Volk soll sich ja nicht einbilden, es habe auch Einsicht von seiner Lage; es soll sich ja nicht herausnehmen, die Initiative bei Vorschlägen zur Verbesserung derselben zu ergreifen; sondern es soll hübsch geduldig warten, bis die Bürokratie auf dieselbe Idee kommt, und wenn sie nicht darauf kommt, so taugt sie Nichts. Es ist eine unverzeihliche Unmaßung der Männer aus dem Volke, das Pulver, die Maschinen, die explodirende Baumwolle zu erfinden, ohne der Bürokratie Zeit zu derselben Erfindung zu lassen und sie dadurch in die unangenehme Lage zu versetzen, weder das Pulver, noch die Maschinen, noch die explodirende Baumwolle erfunden zu haben. Die Männer aus dem Volke haben ja nicht einmal ein Verdienst bei ihren Erfindungen; denn sie handeln, der „deutschen Ztg.“ zufolge, nur nach Trieben, nicht mit Bewußtsein.

Jetzt kommt ein Satz über das Verhältniß zwischen Regierung und Volk, der an Unklarheit und Schwülstigkeit seines Gleichen sucht. Er raselt wie ein Frachtwagen auf schlechtem Straßenpflaster und klingt fast, als ob er aus Herrn Brüggemanns Buch über „Preußens Beruf in der Gegenwart und Zukunft“ entnommen wäre. Es wird einem von alle dem so

dumm, als ginge einem ein Mühlrad im Kopfe. „Daher wird eine weise, innere Staatspolitik aus dem zum Theil schon verlassenen Wege noch weiter ausbeugen, wird fortfahren, für die eigne soziale Bethätigung des Volkes innerhalb seiner selbst in den verschiedenen natürlichen Kreisen, und zwar in allen, Raum zu schaffen, sich aber in den still und hoch überwachenden Mittelpunkt des Staatslebens, der zugleich damit der energische Punkt der nun frei gewordenen Thätigkeit nach außen ist, zurückzunehmen und dadurch auf ihren rechten Standpunkt emporzuheben.“ Was soll das heißen? Warum gibt das Programm nicht eine unumwundene Erklärung über das, was es unter „sozialer Bethätigung des Volkes innerhalb seiner selbst in allen natürlichen Kreisen“ versteht, da doch von dieser Erklärung das Verständniß der ganzen Stellung des Blattes abhängt? Darum nicht, weil die Redaktoren auf zu entschiedene Proteste zu stoßen fürchten, wenn sie mit ihrer Herzensmeinung offen herausrückten; darum ziehen sie es vor, sich in schwülstige Unklarheit einzuhüllen. Man könnte unter dieser „sozialen Bethätigung des Volkes“ allenfalls eine Art von englischem *Selfgovernment* verstehen, nach welchem das Volk bei allen seinen Angelegenheiten „mitrathen und mitthaten“ soll. Aber dem widersprechen die oben hervorgehobenen bürokratischen Ansichten. Es gehört ja zu diesem englischen *Selfgovernment* nicht bloß die Theilnahme des Volkes an seinen nächsten Angelegenheiten, an denen der Gemeinde, an der Handhabung des Rechtes durch Geschwornengerichte, sondern es schließt auch wesentlich die Theilnahme an der Gesetzgebung, an der Leitung der innern und äußeren Politik in sich. Der Annahme, daß das Programm dieß gemeint habe, widerspricht aber wieder entschieden „der still und hoch überwachende Mittelpunkt des Staatslebens“, worunter man sich nur eine absolute Regierung denken kann, welche sich die Leitung der äußeren Politik und sehr wahrscheinlich auch die Gesetzgebung ausschließlich vorbehält. Dann bliebe für die „soziale Thätigkeit des Volkes“ Nichts, als der mittelalterliche Spielraum, die Municipalverfassung, die Zünfte u. dgl. Der Bürger des Mittelalters war aber trotz seiner Freiheit innerhalb der Stadtmauern außerhalb derselben ein Knecht und der durch die französische Revolution gewonnene Begriff des Staatsbürgerthums, der der kleinlichen Zersplitterung den Garaus machte, ist unendlich weiter, als der des mittelalterlichen Stadtbürgerthums, wohin sich Niemand zurücksehnt. Diese „soziale Bethätigung“ wird Niemanden genügen, da man nicht einmal mehr von der bloß politischen Freiheit sich befriedigt fühlt, sondern als ihre Grundlage soziale Reformen verlangt. Daß aber die „deutsche Ztg.“ an solche im Sinne des Sozialismus bei ihrer „sozialen Thätigkeit“ nicht gedacht hat, davor brauche ich sie wohl nicht zu verwahren. Wie es nun zugeht, daß, „nach-

dem die Regierung so sich und das Volk gestellt hat“, trotz aller dieser Stellungen, „das organisch „voll“ entwickelte Volk der Regierung als Ganzes, wenn auch gefahrlos gegenübersteht“, daß also der Zwiespalt zwischen Volk und Regierung nach den Ansichten der „deutschen Btg.“ ein unlösbarer ist, daß sie trotz aller organisch vollen Entwicklung nie zu einem organischen Ganzen werden können, das mag die „deutsche Btg.“ selbst beantworten und verfechten. Sie sollte sich aber mit ihren Nebenmenagiren; man könnte sie für boshaft, wohl gar für subversiv halten, wenn ihr Ruf nicht felsensfest steht. Will sie aber durch diese Worte das „göttliche Recht“ der Regierung hervorheben, so möge sie bedenken, was Dahlmann von Joh. Jak. Moser sagt. „Wenn es auf die Rechte der Unterthanen ankam, so fragte er bei dem lebendigen Staatsrecht an und nahm sich wohl in Acht, durch gleichniserische Fiktion die hohe Stellung des Herrschers bis zur Göttlichkeit hinaufzuschrauben.“ —

Die Hoffnungen des Programms auf eine fräftige Politik Preußens nach außen, die Bemerkungen über die Nothwendigkeit, sich die Sympathien der kleineren deutschen Staaten zu sichern, um Deutschland als politische Nation vertreten zu können, die Scheidung zwischen der eigenen Geschichte Preußens und seiner deutschen, die erst vor 33 Jahren begonnen, die Warnung vor einer Selbstverherrlichung und Überhebung über die anderen Stämme können wir billigen und anerkennen.

Entschieden konfus ist wieder das religiöse Glaubensbekenntniß des Programms. „Praktisch ist die Zeit durch und durch geworden — von der überall nun knarrenden Maschine an bis zu den letzten und höchsten Fragen des menschlichen Gemüthes nach Gott und göttlichen Dingen, die nicht mehr theoretisch durch die Philosophie, vielmehr durch die lebendige Theologie entschieden werden sollen. Deshalb haben alle politischen Zeitungen eine gewisse religiöse und kirchliche Färbung angenommen.“ Die Sache verhält sich grade umgekehrt. Man hat die Lösung dieser Fragen durch die „lebendige Theologie“ aufgegeben, man ist des dogmatischen Gezänks überdrüssig geworden; man ging deshalb auf das Wesen der Religion zurück und focht mit den Waffen der Philosophie, der Vernunft vom menschlichen Standpunkt aus gegen die dogmatische „lebendige Theologie.“ Es handelt sich nicht mehr um einen Streit über dieses oder jenes Dogma, sondern über das Dogma überhaupt; man streitet nicht mehr vom dogmatischen Standpunkte aus über die Vorzüge dieser oder jener Konfession, sondern die fortschreitenden Parteien beider Konfessionen (die freien evangelischen Gemeinden und die Deutsch-Katholiken) beginnen in einander überzufließen. Man redet nur noch von allgemeiner, nicht von besonderer, konfessioneller Religiosität, und diejenigen Blätter, welche wie der „Rhein. Beob.“, „Eibersf. Btg.“ und „Westphäl. Merkur“ eine streng konfessionelle

Färbung haben, stehen auf einem sehr untergeordneten Standpunkt. Die wesentlichen Gegensätze sind: Glauben, Autorität des Dogma und freies menschliches Wissen! Und nur, weil die wirklich auf der Höhe des Bewußtseins der Zeit stehenden Blätter entschieden für letzteres gegen die ersteren in die Schranken treten, kann man von einer religiösen Färbung derselben reden. Es ist deshalb ein höchst unglücklicher Gedanke, diesen Streit durch ein protestantisches und ein katholisches Blatt schlichten zu wollen, wie freundlich auch beide zusammen halten. Sollen wir wieder eine katholische und eine protestantische Wahrheit, Sittlichkeit, Geschichte, Wissenschaft haben? Über solche spitzfindige Distinktionen ist die Zeit hinaus. Die beiden Blätter können den Streit nicht schlichten; sie sind nur beide Kämpfer für den Glauben, für die Autorität, für das Dogma; ihnen gegenüber stehen nach wie vor die Kämpfer für das freie, menschliche Wissen. Das ist Alles; sie könnten höchstens unter sich in dogmatisch-konfessionelle Streitigkeiten gerathen, was zwar nicht gut wäre, aber nicht hindern würde, daß sie von jenen Gegnern auf eine Seite gestellt würden. Auch Dahlmann verwahrt sich gegen eine solche konfessionelle Scheidung der Politik und der Wissenschaft. —

Noch unklarer ist die Erklärung des Programms über seine Stellung zur Politik und zur Religion, über die wechselseitige Durchdringung beider resp. über das Verhältniß des Staates zur Kirche. „Wir stehen auf der Seite des positiven Christenthums; aber nichts desto weniger bleibt unser Unternehmen ein politisches. Es werden die Grundsätze, nach denen das Gesamtleben der Gesellschaft zu beurtheilen ist, zunächst immer aus dem Staatszwecke abgeleitet werden, der kein anderer ist, als das Fortbilden des Rechtes zum Wohl Aller; aber wir wollen es nicht für ein Geringes halten, daß eben diese Grundsätze in vollem Einklange mit dem Wesen der christlichen Kirche stehen, die ihre eigene Aufgabe nicht außerhalb des christlichen Staates, sondern in der gegenseitigen Durchdringung mit ihm lösen will, deren Ziel zwar jenseits, deren eigene Dieffseitigkeit aber ein dem Staate und ihr Gemeinsames ist.“ Niemand kann zween Herren dienen. Ist das Ziel der Kirche jenseits und das des Staates diesseits, so werden die „aus dem Staatszwecke abgeleiteten Grundsätze“, nach denen die „deutsche Btg.“ das Gesamtleben der Gesellschaft beurtheilen will, kaum mit dem Wesen der Kirche in Einklang gebracht werden können, ohne daß der Zweck des einen, oder der anderen darunter leidet. Das einfachste Mittel, diese zugegebenen Widersprüche im Ziele beider zu versöhnen, ist die Trennung beider; man mache die Befriedigung religiöser Bedürfnisse, wo und wie weit sie sich finden, zur Privatsache, man proklamire volle Glaubensfreiheit, wie in allen wirklich politisch freien Ländern, d. h. man mache die Ausübung staatlicher Rechte nicht vom Glauben, von der Konfession

oder Religion abhängig, und lasse den Staat nur für seine eigenen, dieſſeitigen Angelegenheiten ſorgen. Den Schlußſatz: „deren eigene Dieſſeitigkei-
 ein dem Staate und ihr Gemeinſames iſt,“ kann ich nur ſo verſtehen:
 „Der Staat kann des Autoritätsglaubens und damit der Kirche, die dieſen
 hegt und pflegt, nicht entbehren, und darum ſchützt und ſchirmt er die
 Kirche und verleihet ihr die nöthige Macht und die nöthigen Subſiſtenzmit-
 tel.“ Dagegen ließe ſich aber viel einwenden und wir würden gegen dieſen
 mittelalterlichen hierarchiſch-feudalen Abſolutismus entſchieden proteſtiren.
 Hören wir, was Dahlmann darüber ſagt. „Dieſes ſtarke Hervortreten des
 theologischen Elementes neben ſo geringer Entwicklung des politiſchen hat
 mich, zumal bei dem Hinblick auf die Mehrzahl der Unterzeichner, nicht we-
 nig befremdet. An dieſes Befremden knüpft ſich bei mir einige Sorge.“
 Er verſichert nun, „daß er ſich nicht auf die Seite derer ſtelle, welche in
 der Verachtung des Glaubens unſerer Väter die wahre Weihe der Kraft er-
 blicken.“ Das thut Niemand; es wird aber Vieles nicht mehr geglaubt,
 was früher geglaubt wurde, weil der Vernunft, der Kritik ihre Berechti-
 gung auch in dieſem Punkte zugeſtanden iſt, weil man Vieles weiß, was
 man früher nicht wußte. Dahlmann ſpricht dann von ſeiner „Erbauung
 beim Anblick wahrer Religioſität, die er aber ſelten angetroffen habe.“
 Platon's Philoſophen hätten ſich gern „von Staatsgeſchäften, vom Weltge-
 tümmel und ſeinen theuer bezahlten Freuden in die Stille des eigenen Ge-
 müthes zurückgezogen.“ „Nirgend habe ich duldsamere Gemüther gefunden,
 als unter den wahrhaft Religiöſen. Allein in einem völligen Gegenſatz zu
 dieſer Innerlichkeit ſehe ich die Kirchlichen des neueſten Stempels auftreten;
 ihnen kann es nirgend zu bewegt und unruhig ſein, kein noch ſo hoher
 und gebietender Stand in dieſer rauschenden Weltlichkeit, den ſie nicht ein-
 zunehmen willig und beeifert wären. Ich geſtehe, daß mich mannmal
 ein Grauen ergreift, ſehe ich ſolch ein Gefallen an allem bunten äußerlichen
 Gelingen mit dem Gewande ſtrengſter Kirchlichkeit geſchmückt, und wie dann
 von der anderen Seite eine leichtfertige (warum?) Zunge mit den Worten:
 „Das iſt Einer von den Frommen,“ Alles abzuthun glaubt. Mit einem
 Worte, ich fürchte, daß das letzte Menſchenalter die lange Liſte der Gebre-
 chen unſerer bürgerlichen Geſellſchaft mit zwei Laſtern der ſchlimmſten Art
 vermehrt hat, mit Heuchelei und Leichtfertigkeit in Glaubensſachen.“ „Ein
 Eingehen in dogmatiſche Zwiſte möchte gefährlich auf die ſonſtige Haltung
 des Blattes durch Haber unter den Mitarbeitern zurückwirken. Gibt es
 leider ein deutſches Valhalla, in dem Martin Luther nicht gefunden
 wird, ſo darf es doch 1846 keine deutſche Zeitung geben, bei welcher ein
 Juſtus Möſer, ein Leſſing nicht getroſt eintreten dürften, ohne am Thore
 um ihr theologisches Glaubensbekenntniß gefragt zu werden. Auch ſind die
 neuerlichen Spaltungen in beiden Kirchen grade ja aus dem allzueifrigen

Fruchten, die Gläubigkeit durch äußere Maaßregeln zu vermehren, hervorgegangen. (Das ist aber nur die Veranlassung zur äußeren Demonstration.) An dem Gefallen aber, welches unsere Jugend (nicht auch Alte?) an den kirchlichen Neuerungen findet, tragen wieder die neumodischen Altkirchlichen die Hauptschuld, welche die Irrlehre verbreiteten, ein guter Christ und Freund der politischen Freiheit sein, sei ein Widerspruch.“ Wir lassen das hier dahingestellt sein, aber wir rathen nochmals zur Trennung von Staat und Kirche, damit deren oben definirte Dieffseitigkeit nicht mehr ein dem Staate und ihr Gemeinsames sei. —

Das mag genügen über den Inhalt der neuen Zeitung, die wohl vor dem neuen Jahre schwerlich erscheinen wird, obfchon sie schon auf den 1 Oct. angekündigt war. Wir überlassen es ihr, die „Männer und Greife“ wieder zu gefetzten Leuten zu machen, welche „mit den in luftigen Reigen vorausgeflogenen Jünglingen mehr, als sich für sie schickte, jugendlich gethan haben.“ Will sie aber irgend etwas wirken, so möge sie sich vor Allem klaren, präcisen Styl, Gewandtheit und Verständlichkeit angewöhnen und ihre schwülftige Undeutlichkeit, Schwerfälligkeit und Schiefe des Ausdrucks wie des Gedankens ablegen. Sollte ihr das nicht möglich sein, so wäre im Interesse des nach Verständniß und Belehrung strebenden Publikums sehr zu wünschen, daß eine zweite Geheimrathskommission einen Kommentar in verständlicher Sprache zu der unverständlichen Zeitung schriebe, widrigenfalls man riskirte, daß selbe als nutzlos und ungenießbar bei Seite geworfen wird. Denn so weit ist man von der Autorität befreit, daß man nicht mehr das für das Schönste und Lieffte hält, was man nicht verstehen kann. Hieronymus Iobfens Eintheilung hat weder für Predigten, noch für Zeitungen, noch für sonst Etwas noch Geltung. — L.

Die freie Gemeinde zu Halle.

„Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit,
Und neues Leben blüht aus den Ruinen.“

Im Julihest des v. J. stellten wir, (s. den Aufsatz: „Wislicenus und seine Gegner“) nachdem wir das Streben der „protestantischen Freunde“ kurz charakterisirt hatten, an die protestantische Kirche die Aufforderung, „das alte Formelwesen, alle Ceremonien, die wider unsere Bildung sind, fallen zu lassen, unsere heutige wissenschaftliche Bildung in sich aufzunehmen und der Freiheit des Geistes eine Stätte zu bereiten“ und fügten die Bemerkung hinzu, daß sich, wenn dies nicht geschehe, der bestehenden Kirche gegenüber „neue Gemeinschaften im freien Geiste bilden würden.“ Da die protestantische Kirche von dem freien Geiste nichts wissen will, da dieselbe

so viel als möglich darauf ausgeht, das Licht, was in sie hineingetragen, die Aufklärung des vorigen Jahrhunderts, wieder aus ihrem Schooße zu verbannen, so trat letzteres, die Gründung neuer Gemeinden, als eine von der Geschichte gebotene Nothwendigkeit ein. Wir haben demnach hier dieselbe Bewegung vor Augen, welche mit Ronge und Czeriski in der katholischen Kirche losbrach. — Die katholische Kirche, wollte sie nicht ihre Existenz aufs Spiel setzen, konnte und durfte nicht an die Reformen denken, welche man von ihr verlangte: sie konnte nicht das Primat des Papst es abschaffen, ohne ihre Einheit einzubüßen; sie konnte nicht den Celibat der Priester aufgeben, ohne ihren Einfluß auf eine lenksame Priesterschaft zu verlieren; sie konnte nicht die Ohrenbeichte abschaffen, ohne die Herrschaft über die Laien zu vernichten und was die Reform des Dogma's betrifft, so konnte sie hier noch weniger thun; all die weil ihr wohl bewusst war, daß wenn man an dem einstmal so stolzen Kirchengebäude zu rütteln und mit modernem Flickwerk zu bessern anfängt, der Untergang desselben vor der Thüre ist. Das Dogma, der Glaube, verträgt sich nun einmal mit der Vernunft sehr schlecht und hat man letzterer nur erst ein Plätzchen im Glaubensdome eingeräumt, so wird es nicht lange dauern, daß aus demselben der Glaube gewichen ist und daß er der Vernunft das Feld vollständig gelassen hat. — Dasselbe war mit der protestantischen Kirche der Fall. Auch diese konnte die Basis, auf der sie erbaut war, nicht verlassen, ohne sich unter ihren eigenen Trümmern zu begraben. Das Glaubensbekenntniß, den Catechismus, die Taufe und das Abendmahl konnte sie nicht reformiren nach dem Lichte unserer Zeit, wenn sie nicht selbst auf ihre Existenz Verzicht leisten wollte. Im Gegentheil als ihr zum Bewußtsein kam, daß Glauben und Wissen, Autorität und Vernunft, Wunder und Wissenschaft sich widersprechen, mußte sie sich gegen die vernünftigen Elemente, die in ihrem Schooße wucherten und das ganze Gebäude in die Luft zu sprengen drohten, erklären, mußte sie den rationalistischen „Aufklärer“, der zu ihrem Verfall wesentlich beigetragen hatte, zu bannen versuchen. Wir sehen, wie im vorigen Jahre die der Kirche treu Gebliebenen, wie das Kirchenregiment selber sich gegen den Rationalismus erklären, wir sehen, wie letzteren das Leben und das Verbleiben im Kirchenverbanne sauer gemacht wird, theils indem den rationalistischen Predigern die Bestätigung erschwert und verweigert, theils indem ihnen mit Suspension und Amtsentsetzung gedroht, häufig auch, indem letzteres in Vollzug gesetzt wird. Walzer in Raumburg, Rupp in Königsberg werden nicht bestätigt, Wislicenus in Halle suspendirt und später durch Urtheil entsetzt. So stand die Sache als im Anfang dieses Jahres die sogenannte Reichssynode in Berlin zusammentrat und den von der kirchlichen Partei ergriffenen Mafregeln gegen die „Gottlosen“ einen stärkern Halt gab. Anfangs zwar schien sich dieselbe mehr auf die ratio-

nalistische Seite hinzuneigen, aber am Ende machte sie durch das Festhalten an den Symbolen und an der Beeidigung der Geistlichkeit auf letztere Alles wieder gut. Nun, wenn der Eid auf die Symbole gefordert wird und letztere die Norm des Glaubens sind, ist es den Rationalisten unmöglich, länger in der Kirche zu verharren. Sie können nicht anders, sie müssen austreten, wenn sie nicht als Heuchler erscheinen wollen. Aber ich fürchte gar sehr, wenn ich die Energielosigkeit, die Schwäche und die Matt-herzigkeit der einen Partei der Rationalisten, deren Vertreter Uhlisch ist, bedenke, daß dieser allerdings gewagte Schritt nur von Wenigen geschehen wird, nur von denen vielleicht, die wie Wislicenus und Rupp und Schwarz u. a. das moderne philosophische Element mit dem Rationalismus des vorigen Jahrhunderts verbunden haben. Bei dieser Partei der Lichtfreunde, die man wol die radicale nennen kann, finden wir allerdings denjenigen Muth, aller Hindernisse und Gefahren ungeachtet ihrem Prinzip treu zu bleiben und wenn es, wie es sich jetzt zeigt, nöthig ist, der alten Kirche ein Lebewohl zu sagen. Schon hat Rupp zu Königsberg am Ende des vergangenen Jahres durch die Gründung einer neuen Gemeinde diesen festen Muth bewährt und in diesem Augenblicke bringen uns die Zeitungen die Nachricht, daß auch Wislicenus in Halle denselben erfolgreichen Schritt gethan habe. Was im Jahre 1842 in Berlin, wo ebenfalls eine Anzahl philosophisch Gebildeter, die sog. „Freien“, aus der Kirche ausscheiden wollten, mißlang, das sehen wir, gelingt im Jahre 1846 besser. Ob aber dieser neu gebildeten Gemeinde vorerst viele folgen werden, das müssen wir, gestützt auf die kurz vorher gegebene Andeutung, bezweifeln; wol möglich indeß, daß sich in den größern Städten, wo die Bildung größer und allgemeiner ist, die Sache ebenso entwickeln wird. Wie dem nun auch sein mag, der Schritt, den hier Wislicenus und seine Anhänger gethan haben, verdient unsere volle Anerkennung, da es immerhin ein bedeutender Schritt vorwärts ist auf der Bahn zur freien menschlichen Weltanschauung. — Über ihr Wollen, über ihre Grundsätze verbreitet sich die in diesen Tagen veröffentlichte Erklärung, welche wir in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache hiernächst folgen lassen:

„Durch die neuesten Ereignisse finden wir uns nunmehr völlig von der Kirche ausgeschlossen. Wir gehörten ihr längst nur noch in der Hoffnung auf die Zukunft an. Sie wird aber immer mehr auf ihre vergangene Gestalt zurückgeführt, während nur das Vorwärtsgehen uns bei ihr erhalten konnte. Wir mögen weder in Heuchelei noch in Gleichgültigkeit der bloßen Form nach, wie Tausende, einer Kirche fernher angehören, der wir innerlich entfremdet sind. Wir können und wollen doch aber auch die gemeinsame Förderung unseres geistigen Lebens nicht entbehren. Darum sind wir zu einer freien Gemeinde zusammengetreten. Wer mit

und gleichen Sinnes ist, den Laden wir ein, sich uns anzuschließen. Die Grundfäße, auf welchen wir unser Gemeinwesen zu erbauen gedenken, theilen wir in der folgenden kurzen Zusammenstellung der Öffentlichkeit mit:

Wir glauben nicht an eine abgeschlossene und fertige, sondern an eine fortdauernde immer vollkommenerere Offenbarung der Wahrheit. Deshalb ist uns die Bibel, trotz ihrer hohen Bedeutung für alle Zeiten, und so mächtig sie uns anregt, doch kein Gesetz des Glaubens, und es können uns das also noch weniger die Symbole und symbolischen Bücher sein. Der Geist der Wahrheit, der sich in ihr ausgesprochen, hat auch weiter geredet in den Menschen, und redet noch immer fort in mancherlei Weise. Die Menschheit kommt durch ihn zu einer höheren Erkenntniß; diese Erkenntniß suchen und ihr folgen wir. Darum können wir auch dem Geiste keine Schranken setzen durch Bekenntnißformeln und Lehrsätzungen, an welche unsere Gemeinschaft gebunden, und ebensowenig durch Gebräuche, denen Alle unterworfen wären. Bekenntniß und Lehre sind bei uns frei, und Gebräuche können auch nur freie Sitte sein. Wir wollen keine abgeschlossene kirchliche Confession, sondern eine freie menschliche Gesellschaft. „Der Herr ist der Geist; wo aber der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit.“ Wir vertrauen dem Geiste der Wahrhaftigkeit und der Liebe, der Gerechtigkeit und der Kraft, der in alle Erkenntniß leitet und das Reich des wahren Lebens immer mehr herbeiführt, durch welchen Gott und Christus und wer noch den Menschen Heil gebracht und alle Guten in uns selbst sind und wir in ihnen leben und weben. Diesen Geist allein fordern wir; der lebendige Glaube an ihn als die inwohnende Gottheit macht gerecht und selig. „Denn welche der Geist Gottes treibt, die sind Gottes Kinder.“ Wir entziehen der Gemeinde nicht das Regiment und das Wort, so daß sie bloß zu hören und zu gehorchen hätte, sondern ob sie auch Einzelnen aus ihrer Mitte beides als Amt überträgt, so behalten doch alle Theil daran und jeder wirkt in dem Ganzen durch Wort und That, soviel er vermag zum allgemeinen Besten und zu seiner eigenen Förderung, nach des Apostels: „In einem Jeglichen erzeigen sich die Gaben des Geistes zum gemeinen Nutzen.“ —

Das die Erklärung, durch welche Wislicenus und seine Anhänger in Halle ihren Austritt aus der protestantischen Kirche und ihren Zusammentritt zu einer „freien Gemeinde“ motiviren. Die „Neuerung“, die sie aus dem Kreise der Philosophie in das wirkliche Leben zu versetzen trachten, besteht also wesentlich in Folgendem: Zuerst erklären sie, daß sie zwar nicht an eine „abgeschlossene und fertige“, wol aber an eine „fortlaufende immer vollkommenerere Offenbarung der Wahrheit“ glaubten. — Das Reich der ewigen Ruhe ist aufgehoben. „Wir vertrauen dem Geiste der Wahrhaftigkeit und der Liebe, der Gerechtigkeit und der Kraft, der in alle

Erkenntniß leitet und das Reich des wahren Lebens immer mehr herbeiführt, durch welchen Gott und Christus und wer noch den Menschen Heil gebracht und alle Guten in uns selbst sind und wir in ihnen leben und weben. Diesen Geist allein fordern wir; der lebendige Glaube an ihn als die inwohnende Gottheit macht gerecht und selig.“ Das ist das Positive in unserer Erklärung: die Transcendenz hat der Immanenz weichen müssen und wenn wir auch hier noch die eine und die andere Concession an die Theologie gewahr werden, so ist doch für den, der auf den Grund zu sehen vermag, jenes Verhältniß einleuchtend. Es ist für diese Richtung nur ein kleiner Schritt nöthig, um den Boden des „freien Menschthums“ zu erreichen und bei der sittlichen Energie, die Wislicenus innewohnt, ist gar nicht zu zweifeln, daß er nicht den Fuß aus den Straußschen Schlingen und Umhüllungen der Sache ziehen, daß er nicht auf dem Schlachtfelde der Gegenwart erscheinen werde. Aber selbst wenn dieser Schritt nicht geschehen sollte, so ist doch schon durch den Austritt aus der Kirche und das Inislebenrufen einer „freien Gemeinde“ unendlich viel gewonnen. Mag nun auch die bestehende Kirche durch ihre „pietistischen“ Organe die Anhänger dieser Richtung für „Atheisten“ und „Gottlose“ verschreien, mag sie auch erklären, jene hätten, was auch wir glauben, den christlichen Boden verlassen, — sie werden sich nicht irre machen lassen, weil für sie die Wahrheit, die Geschichte spricht; sie werden auf der einmal betretenen Bahn zur ganzen vollen Wahrheit nicht eher rasten, als bis sie dieselbe errungen haben. — Ist diese Gründung einer „freien Gemeinde“, die der Kirche und dem Jenseits Lebewohl gesagt hat, nur ein kleiner Anfang und vielleicht, wenigstens vorerst, ein vereinzelttes Zeichen, so dürfte uns doch die Zukunft den Beweis liefern, daß noch gar Viele diesem hier ausgesprochenen Principe huldbigen. Und wir rufen dieser „freien Gemeinde“ und denen, welche ihr nachfolgen von der „rothen Erde“ aus ein herzliches „Glück auf!“ zu. —

(X)

Die liberalen Zeitungen.

Die Aachener Zeitung No. 281. 8. Oktober nimmt in einem Artikel *dat.* „Aachen 7. Oktober“ den Lieutenant Anneke gegen die Berunglimpfungen des Rhein. Beob. in Schutz, und rechtfertigt sich zugleich gegen den Verdacht, daß sie zu den „heimlichen oder offenen kommunistischen Zeitungen“ gehöre. Seit einiger Zeit ist es Mode geworden, ohne Unterscheidung der Prinzipien in dem Worte „Kommunismus“ alle mißliebigen oder oppositionellen Richtungen zusammenzufassen und die entschieden nur liberalen, das Interesse der Bourgeoisie vertretenden Organe „kommunistische“

zu nennen, in denen von nichts weniger, als von kommunistischen Doktrinen die Rede ist. Auch würden diese Zeitungen jedenfalls, wären sie überall zum richtigen Verständniß der sozialen Bewegung und ihres Verhältnisses zu derselben gelangt, entschiedener gegen solche Vorwürfe und prinzipiell auch gegen solche Bewegungen Front machen, mit denen sie nur zu gern ihre Richtungen identifiziren, so lange es unschädlich und ein Wort ihnen nützlich und dienlich ist, um mit einer gewissen "Gefährlichkeit" prunken zu können. Sie würden dann aufhören, wie es noch fast überall geschieht, mit einem Worte zu coquettiren, dem sie keinen Inhalt zu geben vermögen — sie würden ehrlicher werden. In jedem andern Lande, in welchem sich die Partheien in der Presse mit einem bestimmten Programm und bestimmt ausgesprochenen Prinzipien einander gegenüber stellen dürfen, ist eine solche Verwechslung der Begriffe nicht möglich, wie in Deutschland, dem die chaotisch durcheinander wogenden Kämpfe noch nicht Zeit gelassen haben, zur Besinnung zu kommen. Wenn die Deutschen sich mehr von ihren Einbildungen, constitutionellen wie religiösen, befreien, werden sich ihrer Zwecke und ihres Zieles, das ihnen ihre "wohlverstandenen Interessen" vorschreiben, sich bewußter werden und für diese offenen Interessen kämpfen, von denen die Kritik schon längst das philantropische Beiwerk herabgerissen hat, das ihnen immer noch als Deckmäntelchen umgehängt wird. Das "Interesse" beherrscht einmal die Welt, dem andere "Interessen" feindlich gegenüberstehen, und es heißt nur die überall schon herrschende Begriffsverwirrung vermehren, will man auch nur für kurze Zeit eine Harmonie der Ansichten, Interessen und Zwecke da erheucheln, wo die größten prinzipiellen Verschiedenheiten und Gegensätze herrschen. Zu leugnen, daß man für alle andern Interessen, die dann unter dem Namen "Volk" zusammengefaßt werden, nur nicht für das eigene Privatinteresse kämpfe und den "Fortschritt" wolle, ist nur in einem Lande möglich, in welchem die liberale Praxis, die Verfassung noch keine "Wahrheit", sondern noch eine "Theorie" ist, die als solche die größten Gegensätze und Widersprüche friedlich neben einander beherbergt. Solche Täuschungen sind nur da möglich, wo die liberale Praxis, die faktisch schon durch die Macht und den Einfluß des Capitales auf die Staatsangelegenheiten vorhanden ist, deshalb ihre wahren Konsequenzen noch nicht entwickeln konnte, weil sie noch nicht "legalisirt" ist. Vorläufig ist es ihr da nützlich und nöthig, sich mit dem "Volk" zu identifiziren, das "Wohl des Volkes" vorzuwenden, und das Volk als Phalanx hinter sich zu haben. Aber auch das wird aufhören und vielleicht eines schönen Morgens werden denjenigen, die noch immer blind sind, die letzten Täuschungen schwinden. Dann werden sich die Partheien offener ins Gesicht sehen, von denen jetzt eine der andern aufbindet, daß sie sich für einander "aufopfern" wollen. Eine Zeit lang können Partheien in ihren

Mitteln zum Fortschritt eins sein, ohne es in ihren Zwecken zu sein; diese mögen eine Zeit lang zusammen gehn, so lange beiden die Eintracht Vortheil bringt, aber auch die Zeit muß kommen, wo beide weder in den Mitteln noch in den Zwecken mehr eins sind, wo nach Bestiegung des gemeinsamen Gegners die Freundschaft der offenen Feindschaft Platz macht. Sobald die Theorie einmal anfängt, ihre Ergänzung durch den praktischen Prozeß zu erhalten, der sich in der Massenentwicklung und Ausbildung der Sonderinteressen vollzieht, muß auch in der Stellung der Partheien eine totale Veränderung eintreten. So wollen wir nämlich alle politischen Fortschritte, auch die uns zunächst liegenden, beurtheilt wissen, daß sie für uns nicht allein politische sind, sondern hauptsächlich den sozialen Bestrebungen eine praktische bestimmte Richtung geben. So nur ist es möglich, den Blick für die Forderungen der Zeit offen zu halten, um zu wissen, was Noth thut, sowohl jetzt wie in eintretenden entscheidenden Zeitpunkten.

Unsere Tagespresse, die sich jetzt noch immer obwohl vergeblich abmüht, zu einem Verständniß der eigentlichen Bedeutung und des Inhaltes der sozialistischen Lehre zu kommen oder theilweise auch ein Interesse an der sozialen Bewegung vorgiebt und sich „Sozialismen“ von allen Arten und Farben je nach Luft und Laune zusammen construirt, wird dann genöthigt sein, etwas weniger freigebig mit Worten und Verwechslungen und vorsichtiger und klarer in ihren Tendenzen zu werden, wenn sie nicht an ihrer eigenen Planlosigkeit, Unsicherheit und Halbheit zu Grunde gehen will. Unsere Tagespresse, welche, während die Zeit schon längst an nagelneuen Stoffen arbeitet, noch immer an dem alten Bewußtsein herumzappelt und die alten Fiktionen noch immer für goldene Münze ausgiebt, wird der sozialen Frage eine entschiedene Aufmerksamkeit und Besprechung widmen müssen, aber nicht mehr mit pfliffigen Unterscheidungen zwischen dem „Lobenswerthen“ Sozialismus und dem „tadelnswerthen“ Kommunismus ausreichen. Ihre „absolute Politik“, welche keine andere Götter neben sich duldet, ist nicht mehr im Stande, die Herzen zu erwärmen und kann auf nichts Anderes Anspruch machen als auf das offene Zeugniß, daß sie schon vor ihrer Verwirklichung erledigt ist.

Von Zeit zu Zeit ist es nöthig, auf diese Gegensätze zurückzukommen, um ihnen die wahre praktische Bedeutung abzugewinnen und zur Vernichtung der vielfachen Entstellungen und Einbildungen beizutragen, welche in unserer Presse noch „reale Unfehlbarkeit“ sich anmaßen. Eine Kritik der dahin einschlagenden und besonders der liberalen Zeitschriften ist durchaus unerläßlich, um den Confusionen ein Ende zu machen, die sich immer fester einzunisten drohen — um den richtigen Standpunkt zu gewinnen, von dem aus allein eine vernünftige Beurtheilung der Gegenwart und eine wirksame Polemik möglich ist. Davon ein anderes Mal.

Was bisher die deutsche conservative und liberale Presse in der Beurtheilung der sozialen Bestrebungen geleistet hat, ist nirgends wissenschaftlich kritisch bisher gewesen, sondern beschränkt sich höchstens auf einige Andeutungen, meistens aber auf lächerliche Bornehmthueri oder Verdrehungen. Derjenige, der über irgend eine Sache schreibt oder spricht, sollte so viel Ernst oder Ehrgefühl besitzen, sich erst vorher darüber vollständige Kenntnisse und Klarheit zu suchen. Davon ist aber selten in der deutschen Presse etwas zu finden. Jeder Blick hinein liefert die Beweise. Wenn die Kommunisten nie andere Einwendungen hören, als z. B.: „Aufgehen der freien Persönlichkeit, des Ich in den „Begriff der Allgemeinheit, in der Abstraktion der Gesellschaft“, Aufhören der freien Individualität, Stallfütterung, gleiche Portion für Alle u. s. w. — so müssen sie am Ende solche Armut auch mehr der Unkenntniß zur Last legen, als den andern Schwierigkeiten, mit denen unsere Presse zu kämpfen hat und welche die Kommunisten wohl zu berücksichtigen verstehen, weil sie eben so sehr, wie andere Partheien, darunter leiden. Auch wenn alle diese Schwierigkeiten in Berücksichtigung gezogen werden, so ist eine Redaktion, wenn sie nicht besser kritisiren kann oder darf, wenigstens nicht gezwungen, Redensarten vorzubringen, für welche ihr alle Begründung fehlt, oder mit einigen Worten über eine Frage hinwegzugehen, wenn sie nicht weiter begründend und erklärend auf dieselbe eingehen darf. Das müßte sie wenigstens vorausschicken.

Auch die Nacherer Zeitung spricht in dem angeführten Artikel über „Kommunismus“. Wenn sie sich gegen den Verdacht wehrt, den ihr der „Rhein. Beob.“ anhängen will, daß sie „zu den heimlichen oder offenen kommunistischen Zeitungen“ gehöre, so ist ihre Redlichkeit anerkennenswerth. Dem Rh. Beob. freilich geht es confus genug in seinem Haupt her, aber er hat das Verdienst, daß er in seiner Confusion systematisch und in seinen Antipathien wenigstens consequent ist; auf einige Worte kommt es ihm dabei nicht an. Er ist der Polizist in der Presse, der zuweilen die große Lärntrommel rührt gegen die Gottlosen und Auführer, der consequente Staatstheoretiker des „Vertrauens und der Hingebung“, aber consequent bis zu der Kühnheit, daß er die Selbstentäußerung predigt und die Menschen zum Eigenthum eines fremden Willens macht. Lasse man ihm sein Privatvergnügen! Die Nacherer Ztg. nimmt es zu ernst mit unserm Hel den, sie eifert gegen die Theorie der „angeborenen Bedientenhaftigkeit“ wahrlich, als wenn solche anachronistische Einfälle, auch wenn sie noch in der Praxis Geltung haben sollen, eine ernsthaftige Widerlegung verdienen. Wollt Ihr willenlose Automaten, deren ganzes Dasein in der Selbsterniedrigung und der Furcht vor dem drohenden Blicke eines „Oberen“ besteht, berußtlose Theile einer Maschine, Sklaven eines Reglements, die sich aller Freiheit und Selbstständigkeit selbst im Denken entäußern müssen? Oder wollt Ihr

freie Menschen? Die Alternative ist einfach; ich glaube, es ist nicht schwer, hier zu wählen. Die Aachener Ztg. meint zwar, daß der Soldat nicht allein Söldner, sondern auch Bürger sei und dessen Pflichten habe, aber sie meint es nur und wird durch das immer deutlicher hervortretende Bestreben, die Soldaten ganz vom Bürger abzulösen und zum Söldner zu machen, dessen „Leben, ja dessen ganze Persönlichkeit auch außer dem Dienste dem Herrn, dem Kriegsherrn gehöre“, genügend widerlegt; hier kann der Mensch am Ende nicht aus dem Dilemma zweier Verpflichtungen anders heraus kommen, als indem er die eine negiert. Auch das sind Zeichen der Zeit. Die Aachener Ztg. aber baut auf dem Juste-Milieu, auf dem Doppelmenschen von Bürger und Soldat, auf der Unvereinbarkeit zweier Naturen und zweier Verpflichtungen in einem Menschen, deren Vereinigung ihr aber noch immer praktisch ausführbar erscheint — ihr lustiges Gebäude der deutschen Zukunft auf, dessen Grundlage die deutsche „Treue“ bildet, aber eine „moderne“ im nationalen Sinn der Aachener Ztg., welche nur „ein Produkt des erwachten Begriffs von einem deutschen Vaterlande, (Begriff von einem deutschen Vaterlande?!) des Bürgerfinnes, des Strebens nach größerer bürgerlicher (!) Selbstständigkeit“ ist — eine Treue, welche darin besteht, daß „Alles, was deutsch heißt, auch deutsch fühle, und in vollkommener Hingebung (!) an Deutschland“, die auch nichts anderes ist, als — Luft. Die Aachener Ztg. ist mit ihrer „modernen nationalen Treue“, der das eigentliche Object fehlt, nicht sonderlich glücklich dem Rhein. Beob. gegenüber und sie möge nur an festere Grundlagen denken, als die „Treue“ ist, bei welcher die Menschen auch aus nationaler Treue einmal verhungern und verdursten können. Übrigens ist es eine unglückliche Sophisterei, die „Treue“ aus ihrer eigentlichen naturwüchsigigen Bedeutung in eine andere fremde hinein zu verdrehen, und einen nationalen Tugendbegriff daraus zu machen, der weder Fleisch noch Blut hat. Also auch hier nur Halbheiten. — Zwar haben wir nicht das Recht dazu, die Aachener Ztg. zur Rechtfertigung darüber aufzufordern, daß sie nicht kommunistisch, sondern etwas anders ist; wenn sie selbst aber entwickelt, weshalb sie nicht „kommunistisch“ sei, so müssen wir doch einmal horchen, was sie entwickelt. Und sie entwickelt Folgendes: „Wir glauben nicht an den Kommunismus, am wenigsten bei dem größten Theile derer, welchen er hier vorgeworfen wird (Glaube macht selig!). Der Kommunismus will seine Weltverbesserung durch Gewaltmaßregeln und seine Utopien selbst wären der trostloseste, langweiligste Zustand; weil die Menschen sich auf der freien Weide nicht immer satt essen können, will er die **Stallfütterung** (!) einführen, bei welcher Jeder sicher ist, seine gleiche Portion Futter und Streu zu finden.“ Mehr weiß eine Redaktion, die sich eine freisinnige nennt, nicht vom Kom-

munismus, als was sie sich einbildet? Und damit glaubt sie fertig zu sein? Vor allen Dingen müssen wir dann die Redaktion fragen, was sie unter dem „vernünftigen Wege versteht, auf dem Jene, welchen man mit Unrecht den strafbaren Kommunismus an den Kopf wirft, offenbare soziale Übel beseitigen wollen?“ Wenn es nicht eine unverschämte Forderung wäre, würden wir sie dann auch auffordern, uns nebenbei ihre wahre Herzensmeinung über das „Ich“ und die „freie Persönlichkeit“ mitzutheilen. Wenn wir nicht ernsthafter und länger gegen die Nacherer Stg. polemisierten, so ist der einfache Grund der, daß bei so schlagenden und bündigen Kritiken, wie sie die Nacherer Stg. bringt, wirklich der Verstand still steht.

Auch die Kölnische Zeitung, welche neben der Unentschlossenheit in der Vertheidigung der Interessen der Bourgeoisie an einer schwindstüchtigen und unerquicklichen Philantropie laborirt, bringt zuweilen einige Drakel Berlinerischer Correspondentenweisheit in sozialen Angelegenheiten. So heißt es hier in No 268 in einer Corr. aus Berlin, welche von den von Herrn Ritter Bunsen gestifteten evangelischen „Jünglings-Vereinen“ erzählt, daß der Herr Ritter Bunsen, der die Verbreitung der gefährlichen sozialen Ideen unter den Arbeitern beklage und die Welt davon durch christliche Gesellschaften befreien wolle, „Sozialismus und Kommunismus zusammenwerfe.“ Das ist freilich sehr zu beklagen, daß Herr Ritter Bunsen solches thut. Denn „beide gehen doch in den tiefsten Grundsätzen auseinander;“ und zwar werden diese tiefsten Grundsätze dahin definiert, daß der Sozialismus durch „Überzeugung“, auf „friedlichem Wege“ fliegen wolle, während der Kommunismus auf „gewaltthätigen“ Umsturz des Bestehenden hinarbeite, und ihm dazu jedes Mittel recht sei.“ Bei solchen Drohungen schaudert allerdings dem moralischen, friedlichen Bürger die Haut, und es kann immerhin nicht schaden, daß das empfindliche Fell desselben zuweilen erschüttert wird. Sozialismus? das ginge noch wohl — aber Kommunismus? das ist mehr, als eine deutsche Tugendseele ertragen kann. In unserer Presse spielen überhaupt die pflüßigen Unterscheidungen zwischen Sozialismus und Kommunismus eine bedeutende Rolle.

Soweit von den liberalen Zeitungen. Wenn sie wirklich einmal den Anfang machen, ihren Sozialismus, mit dem sie sich brüsten, auch zu erklären, so kommt meistens eine besonders deutsch-idealistisch zurecht gestickte „Organisation der Arbeit“ heraus, wie sie Fourier auf Arbeit, Capital und Talent begründet. Wenn's hoch kommt, erklären sie auch wohl kühn, daß Alle gleiche gerechte Ansprüche auf die Güter der Erde haben! — soweit nämlich „Staat“ oder „Kirche“, oder „Bourgeoisie“ die Grenzen zu bestimmen für gut befinden! Zuweilen werden wir auf diese liberalen Zeitungen zurückkommen. Es ist zwar eine unangenehme Arbeit, nach „Meinungen und Ansichten“ umherzuzufischen, und es soll auch so wenig wie

möglich gesehen und nur dann, wenn es erfolgreich ist — aber einige Ausbeute wird sie immer bringen. Finden wir nichts zur ernstlichen Besprechung, so doch gewiß genug Ergößliches.

Fr. Schnake.

Weltbegebenheiten.

Oktober.

In demselben Monat, in welchem vor 33 Jahren die Kanonen der Völkerschlacht bei Leipzig dem großen Kaiser das Grablied sangen, bin ich so glücklich, wieder einmal eine gemeinsame deutsche Angelegenheit berichten zu können. Ist Hannover, sind die Hansestädte dem Zollverein beigetreten? Ist der lästige Sundzoll beseitigt? Hat Preußen eine Verfassung bekommen, wie voriges Jahr Hohenzollern-Gevingen? Will der deutsche Bund sich Schleswig-Holsteins annehmen? Soll gar ein deutsches Parlament zusammenberufen werden, welches Deutschlands Volk vertritt, wie der Bundestag Deutschlands Fürsten? Bah, ihr Leute, wie kommt ihr nur auf solche materielle praktische Dinge? Woher diese extravaganten Ansprüche? Die gemeinsame deutsche Angelegenheit, die ich euch zu berichten habe, ist keine That, kein Ereigniß, welches einen Abschnitt bilden könnte in der Geschichte, sondern sie ist etwas echt deutsches, eine Verathung. Zu Frankfurt am Main haben sich die Germanisten, eine ganze Menge deutscher Gelehrter versammelt und in dieser Versammlung wurde außer dem gelehrten Kram auch ganz hübsch über die Schleswig-Holsteinische Frage und über die Nothwendigkeit eines deutschen Rechtes an der Stelle des römischen gesprochen. Und dicht daneben versammelten sich andere Männer, welche sich für die Reform der Gefängnisse interessirten. Fast alle Nationen waren vertreten. Man kam überein, daß die grausame Einzelhaft in engen Zellen das beste Gefängnißsystem wäre. Und doch ist es erwiesen, daß sehr viele Gefangene in den Zellen nicht nur körperlich verkümmerten, sondern auch geisteskrank, blödsünnig wurden. Das erste Bedürfniß des Menschen ist die Geselligkeit, der Verkehr mit anderen Menschen; ohne diesen verkümmert er, wie die Pflanze ohne Licht und Luft. Der geistliche Zuspruch, dessen er in der Zelle genießen soll, die oft sehr zudringlich auftretende moralische Bekehrungssucht kann kein Ersatz dafür sein. Außerdem sprach Herr Mittermaier über die Abschaffung der entehrenden Strafen und wir können ihm darin nur beistimmen. Denn die Strafe soll kein Akt der Rache sein, sie soll dem Verbrecher nicht für immer den Wiedereintritt in die Gesellschaft verschließen, sie soll ihn nur unschädlich und wo möglich wieder zu einem nützlichen Mitgliede der Gesellschaft machen. Unverbesserlich ist Keiner, folglich läßt sich das auch erreichen und die Verbrecher-Kolonien liefern Belege genug für die Möglichkeit. — Eine dritte „deutsche Angelegenheit“, die Schriftstellerversammlung zu Weimar, kam nicht zu Stande, weil die Leiter derselben, Herr Laube, der Erfinder des produktiven Liberalismus, und Herr Biedermann, der Herold des sächsischen Konstitutionalismus, plötzlich Angst bekamen vor den etwaigen subversiven und destruktiven Ansichten ihrer Kollegen, der deutschen Schriftsteller, und ihrer eigenen Verantwortlichkeit. Sie schrieben deshalb an den

Weimarischen Minister, es wäre sehr möglich, daß auch politische Erörterungen (b. h. höchstens ein Toast auf „Schleswig-Holstein meerumschlungen“) vorkämen und ob das auch etwa Schaden könnte. Natürlich nahm die Regierung zu Weimar auf diese Anzeige hin ihre Erlaubniß zurück, während sie gegen eine wirkliche vorkommende derartige politische Erörterung gewiß Nichts zu erinnern gehabt hätte. Ja, die Deutschen sind stark und tapfer, Deutschland ist einig und groß, wie seine Berge — nur muß nicht die entfernte Möglichkeit eines Konflikts mit der Polizei in Aussicht stehen. Der Leipziger Schriftstellerverein hat sich übrigens höchst entrüstet gegen das Verfahren jener beiden Herren ausgesprochen, dem entweder Polizeifurcht, oder kleinliche Eitelkeit zum Grunde liegt. Meiner Meinung nach müßten die Herren mit Eklat ausgestoßen werden. —

Preußen. In Bezug auf die oben beleuchtete „deutsche Zeitung“ enthält die heutige „Köln. Ztg.“ zwei Erklärungen der H. H. Berg und Dahlmann. Herr Berg verräth nur den Argter der Unterzeichner des Programms über die „Veröffentlichung des Dahlmann'schen Briefes, die weder vom Absender, noch von den Empfängern ausgegangen sei.“ Das ist uns gleichgültig; genug, daß er echt ist; die alte Heimlichkeit ist begraben. Sodann sagt Herr Berg, „der Brief sei keine Ablehnung, sondern eine bedingte Zusage.“ Freilich, d. h. wenn die Grundsätze des Programms geändert würden. Endlich meint Herr Berg, „die Mißverständnisse, aus denen der Brief hervorgegangen, seien bereits vor der Veröffentlichung desselben aufgeklärt und das erste Lebenszeichen der „Deutschen Zeitung“ werde sie auch öffentlich widerlegen.“ Mißverständnisse? Das Programm ist allerdings sehr unverständlich; aber von Mißverständnissen in den Punkten, gegen die Dahlmann spricht, kann die Rede nicht sein. Die überwiegende theologische Richtung und das göttliche Recht der dem Volke gegenübergestellten Regierung, wie es weiland Herr Darke im seligen „politischen Wochenblatt“ predigte, treten deutlich genug hervor. Dahlmann gibt die bedingte Zusicherung der Theilnahme zu und sagt, daß sein Brief ohne sein Zutun und Wissen veröffentlicht sei. Von „Mißverständnissen“ sei ihm aber Nichts bewußt; Herr Berg habe ihm in Frankfurt gesagt, „daß sie alle mit seinem Briefe einverstanden wären und daß ein anderes Programm in Kurzem erscheinen werde.“ *Fabula dobet:* Die Herren Geheimeräthe und Professoren sind durch das unausslöschliche, homerische Gelächter des Publikums, der nicht aus Geheimeräthen und Professoren bestehenden „schlechten“ Presse belehrt, daß sie sich mit ihrem publizistischen Versuche blamirt haben, daß Publikum und Presse zu kritisch geworden sind, um die mythischen Orakelsprüche, selbst von Professoren und Geheimeräthen, stumm und dumm zu bewundern, daß sie selbige vielmehr, wie sich's gebührt, auslachen. Die Herren wissen nun nicht, was für ein Gesicht sie zu dieser unerhörten, ganz unerwarteten Annahme machen, wie sie die Blamage repariren sollen. —

Der Dr. Dronke, der bekanntlich aus Berlin verwiesen wurde, ich glaube wegen eines Artikels in den unter sächsischer Censur erscheinenden „Grenzboten“, hat bei der Regierung zu Koblenz, seiner Vaterstadt, ein Gesuch um seine Rehabilitirung als preussischer Bürger eingereicht. Der Stadtrath hat natürlich dieses Gesuch eines durchaus ehrenwerthen Mannes beantwortet. Trotzdem hat es die Regierung abgelehnt, unter anderem



nung einer anderen Stadt als Strafe zuerkennt? Und unter eine ganz exceptionelle Diktatur wird man doch Naumburg auch nicht stellen wollen? —

Ob Zeit-Weißensfeld und Magdeburg ebenfalls wirklich den Beschluß gefaßt haben, den Landtag nicht zu beschicken, und ob sie darauf beharren, ist zur Zeit noch nicht bekannt. —

Die alt- und jungmünstersche Partei, welche letztere bekanntlich durch die letzten Wahlen die Majorität in der Stadtverordneten-Versammlung erlangte, führen seit einiger Zeit einen langen Streit in der „Köln. Ztg.“, welche von beiden Parteien die Interessen der Stadt, des Volkes am eifrigsten und umsichtigsten gewahrt habe. So viel ist gewiß, daß Altmünster den Arger über seine Niederlage sehr deutlich merken läßt und daß es in Folge dessen Maßregeln ergreift, die auf keinem Fall im Interesse der Stadt sind. Die Stadtverordneten können jetzt keine Sitzungen halten, weil der zur altmünsterschen Partei gehörige Protokollführer und sein Stellvertreter sich weigern, ihre Funktionen auszuüben. Schon früher wollten viele Stadtverordnete der altmünsterschen Partei ihre Ämter, den Bestimmungen der Städteordnung zuwider, niederlegen und mußten durch die Regierung daran verhindert werden. Solche Ausbrüche gereizter Empfindlichkeit sind jedenfalls nicht sehr patriotisch und förderlich für das Wohl der Stadt und müssen durchaus beseitigt werden, wenn ein öffentliches politisches Leben gedeihen soll. Im Übrigen wird man wohl den Begriff der „Demokratie“ nicht allzu weit ausdehnen dürfen, wenn man Jungmünster den von ihm beanspruchten Namen der demokratischen Partei beilegen will. —

In Köln ist gegen die Mitglieder der Bürgerkommission zur Ermittlung des Thatbestandes der Ereignisse vom 3. und 4. August, deren Papiere man schon vorher in Beschlag genommen hatte, zu Anfang dieses Monats wirklich die Untersuchung eingeleitet. Nachdem sie von dem Instruktionsrichter vernommen waren, wurden sie aber durch Beschluß der Rathskammer des dortigen Landgerichtes außer Verfolgung gesetzt. Der von dem Generalprokurator Berghaus und den Ministern des Krieges, des Innern und der Justiz angezogene Art. 258 des Strafgesetzbuches, Eingriffe in die Befugnisse der Behörden betreffend, ist also vom Landgerichte nicht für verletzt erachtet worden. Das öffentliche Ministerium soll aber die Sache weiter verfolgen wollen. —

Wislicenus hat also, wie in dem oben abgedruckten Aufsatz näher angegeben ist, mit etwa 40 seiner Anhänger den entscheidenden Schritt gethan. Er ist aus der Landeskirche ausgetreten und hat eine „freie Gemeinde“ gebildet; er hat es mit Recht, um die Freiheit nicht zu beschränken, für unthunlich gehalten, ihr ein positives Glaubensbekenntniß unterzulegen. Die freie Gemeinde ist nicht spezifisch religiös, sie ist eine humanistische Gesellschaft, ihre Grundlage die menschliche Sittlichkeit, die aus der Zeit hervorgehende, mit ihr im Einklang stehende Sittlichkeit, nicht die durch die Tradition überlieferte Moral, noch weniger das Dogma. Nur so kann der Streit zu Ende gebracht werden zwischen Glauben und Wissen, zwischen Autorität und Freiheit, zwischen Dogma und freier menschlicher Anschauung. Wollen Uhlisch und seine Anhänger Ernst machen mit der Geltendmachung der Vernunft, wollen sie nicht in dem ausgefahrenen Geleise des flachen, trostlosen Rationalismus fortfahren, so werden sie denselben Schritt thun müssen und die Deutschkatholiken nicht minder. Dann

auch „wegen der in seinen Schriften verfolgten Richtung.“ Herr Dronke hat s. g. soziale Novellen geschrieben, d. h. Novellen, in denen der Stoff dem gewöhnlichen wirklichen Leben entnommen ist und die Katastrophe in der Regel durch einen Konflikt mit den Einrichtungen der gegenwärtigen Gesellschaft oder mit Polizeigesetzen herbeigeführt wird. Wenn er dadurch sich eines Vergehens schuldig macht, so mag man ihm den Prozeß machen. Wie kann man ihm aber deshalb, der in der Bundesakte garantirten Freizügigkeit innerhalb der deutschen Bundesstaaten gegenüber, die Niederlassung verweigern, wenn er, wie das nicht anders zu erwarten ist, hinlängliche Substanzmittel nachweisen kann? Wo soll er am Ende eine Heimath finden, wenn andere Staaten, die noch weniger Verbindlichkeiten gegen ihn haben, da er in ihnen nicht geboren ist, ebenso handeln? — Dabei mag auch noch bemerkt werden, daß Herr v. Zylstein das nachgesuchte Wißren seines Passes nach Preußen rindweg abgeschlagen ist. „Nach der Art und Weise, wie die Sache in der badischen Kammer behandelt sei, wäre an eine Änderung des früheren Beschlusses gar nicht zu denken“, hieß es in dem Bescheide. O einiges Deutschland, groß und stark wie seine Berge! — Der Prokurator Leue, bei dessen Freisprechung durch den Appellhof der Generalprokurator Berghaus zu Köln sich bekanntlich nicht beruhigte, sondern Revision des Urtheils verlangte, ist von dem Revisions- und Kassationshofe zu Berlin ebenfalls völlig freigesprochen. Nicht einmal der Staatsanwalt, Geheimrath Eichhorn, theilte Berghaus Ansicht, sondern trug auf Bestätigung des Urtheils an. Dabei sprach der oberste rheinische Justizhof die Ansicht aus, daß die Vorlage einer censurfreien Schrift bei der Polizei nicht der Ausgabe gleich zu achten sei, daß also ein extra darin enthaltenes Vergehen nicht als ein begangenes angesehen werden könne. —

Ich berichtete schon, daß die Stadtverordneten von Raumburg trotz der Mahnung des Oberpräsidenten sich beharrlich weigerten, den Provinziallandtag zu beschicken. Man kann diesen Beschluß tadeln, ihn unpolitisch finden, ohne sich deshalb mit den dagegen ergriffenen Maßregeln befreunden zu können. In Folge einer Kabinetts-Ordre wurde die Stadtverordneten-Versammlung aufgelöst und die einzelnen Mitglieder derselben auf 6 Jahre für unwählbar erklärt. Sollten die sofort wieder zu wählenden Stadtverordneten die Wahl eines Landtagsdeputirten ebenfalls verweigern, so soll Raumburg nicht nur seine Virilstimme, das Recht einen Landtagsdeputirten zu wählen, verlieren, sondern auch den Kreistag nicht mehr beschicken dürfen. Ja es wird in diesem Falle sogar mit dem Verlust der Städteordnung bedroht. Man kann es nur gutheißen, daß die Kabinettsordre das Recht, einen Deputirten zu wählen, zugleich als eine Pflicht anseht und deshalb einer Stadt dieses Recht entzieht, die sich beharrlich weigert, es als Pflicht anzuerkennen. Aber das Aufgeben *resp.* Entziehen dieses politischen, staatlichen Rechtes hat nichts mit den Rechten und Freiheiten der Kommüne gemein, welche durch die Kreisstände, durch die Städteordnung gewahrt werden; es scheint mir darum nicht gerechtfertigt, einer Stadt für ihre Verzichtung auf politische Rechte auch die städtischen Rechte zu entziehen. Und was will man Raumburg geben, wenn man die Drohung erfüllt und ihm die Städteordnung nimmt? Etwa die Gemeinde-Ordnung? Was würden andere kleinere Städte dazu sagen, die vergebens um die Städteordnung baten, wenn man die ihnen verlehene Gemeindeord-

erst stehen sich die Parteien scharf ausgeprägt einander gegenüber. — Die St. Nicolai Gemeinde zu Nordhausen hat kürzlich folgende Erklärung erlassen: „Die ordnungsmäßig von ihr vorgenommene Wahl des Diakonus Balzer in Delitzsch zu ihrem Geistlichen sei von den Kirchenbehörden bis in die höchste Stelle nicht bestätigt, weil derselbe die Agende von 1829 nicht als ein zwingendes Gesetzbuch ansähe. Sie bekenne sich zur Union, wolle dieselbe evangelische Gemeinde, wie bisher, bleiben, aber für ihren Gottesdienst bei ihren bisherigen Einrichtungen verharren, wie sie namentlich durch das sächsische Kirchenbuch von 1812 festgesetzt seien. Sie protestire gegen die Agende als zwingendes Gesetzbuch und sehe dadurch die evangelische Kirche in ihrer Glaubens- und Kultusfreiheit angegriffen; sie protestire deshalb gegen die Kompetenz des jetzigen Kirchenregiments und appellire an die deutsch-protestantische Gesamtkirche, zunächst an die in den preussischen Landen. Ihr Kirchenpatron, der Magistrat, habe ihr Zustimmung und Mithilfe gewährt.“ Die Annahme der Agende wurde früher bekanntlich befohlen; es fragt sich also, ob man die St. Nicolai Gemeinde nach ihrer Weigerung „als dieselbe Gemeinde, wie früher“ bestehen lassen wird. — In Sonnenberg ist ein Superintendent Schmutter wegen angeblich kommunistischer Predigten und wegen Zeitungsartikeln, in welchen er eine Besteuerung der Geistlichen zu Gunsten der Lehrer verfocht, zur Verantwortung gezogen. Das ist freilich ein Streit für den Altar und den eigenen Heerd! Das Konsistorium hat von der Untersuchung Abstand genommen und Schmutter nur einen Verweis ertheilt. Schmutter's Charakter, seinen Fähigkeiten und seiner Lebensweise wird allgemein die höchste Achtung gezollt. — Der Pastor Schrader in Holzhausen bei Minden ist wegen seines „Antipietisten“ ebenfalls vernommen, hat sich aber eine schriftliche Beantwortung der ihm vorgelegten Fragen vorbehalten. Seine Gemeinde hat ihn festlich empfangen und ihm erklärt, sie würde unter allen Umständen zu ihm halten. So ruft das beabsichtigte strenge Kirchenregiment überall den Widerstand hervor. —

Als der Magistrat und die Stadtverordneten von Hirschberg sich dem Könige bei seiner letzten Anwesenheit in Schlessen in Erdmannsdorf vorstellen wollten, wurden sie nicht angenommen, ihnen dagegen das allerhöchste Mißfallen wegen „bekannter Vorfälle“ durch Herrn v. Bodelschwingh kundgethan. Unter diesen „bekannten Vorfällen“ ist wahrscheinlich die warme Theilnahme zu verstehen, welche die Hirschberger für Wacker und Schlöffel stets offen an den Tag legten. Der Graf Reichenbach erhielt die Weisung, dem Könige nicht aufzuwarten. Gegen Reichenbach und Baron Seher-Fox ist jetzt auch eine Untersuchung eingeleitet, weil man sie in Verdacht hat, bei der Flucht der polnischen Insurgenten aus Meisse und Kosel hülfreiche Hand geleistet zu haben. — Als der König in dem schlesischen Städtchen Beuthen erwartet wurde, lud der gestrenge Magistrat oder Bürgermeister einzelne Gemeindeglieder zur Berathung der Empfangsfeierlichkeit durch folgende etwas wunderliche Formel vor: „Herr N. N. erhält hiermit den Befehl, um die und die Zeit bei 1 Thlr. Strafe oder 48 Stunden Arrest auf dem Rathhause zu erscheinen und anderweite Anweisungen zu gewärtigen.“ Wenn in Warschau die Polizei befiehlt, daß die Polen aus enthusiastischer Liebe für den Kaiser Nikolaus eine Illumination veranstalten wollen, so wird für jedes nicht erleuchtete Fenster mindestens eine

bedeutende Geldstrafe erlegt. So naiv war die deutsche Polizei bisher nicht. —

Eine schauerhafte Geschichte über die Domaniapolizei, welche allein zu ihrer sofortigen Aufhebung führen müßte, wird aus einem Städtchen bei Ratibor in Oberschlesien gemeldet. Der Kämmerer des Orts glaubte, es sei bei ihm eine Kuchette gestohlen und hegte deshalb Verdacht gegen einen 10jährigen Knaben. Er ließ das Kind aufgreifen und durch den Polizeidiener furchtbar prügeln, ohne daß es den Diebstahl eingestanden hätte. Da ließ der Kämmerer ein Beil und einen Klotz herbeiholen, den Kopf des Knaben darauf legen und drohte ihm mit augenblicklicher Enthauptung, wenn er nicht gestände. Diesen Schrecknissen kann das Kind nicht widerstehen; es gesteht den Diebstahl mit allen Umständen ein. Der Bürgermeister, der an der Wahrheit dieses Geständnisses zweifelte, ließ hernach den Knaben kommen; dieser war aber so furchtbar eingeschüchtert, daß er trotz des liebevollsten Zuredens bei seinem Geständnisse blieb. Und doch war sein Bekenntniß eine von der Furcht diktirte Lüge; denn die Kuchette fand sich bald wieder, sie war nur verlegt. Daß eine Untersuchung wegen dieser empörenden Grausamkeit eingeleitet wäre, hat man nicht gehört, obgleich mehrere Bürger und der Polizeidiener dabei zugegen waren. Der Vater des bis auf's Blut mißhandelten Kindes ist ein armer Barbier, der gegen den Dorfmagnaten nicht klagen kann, ohne seine Kundschaft zu riskiren. —

Wir müssen nochmals auf die Ereignisse im Militairstande Westphalens zurückkommen. In der Korrespondenz aus Bielefeld ist die Entlassung aus dem Dienste von noch 2, ihren Zeugnissen nach tüchtigen Landwehroffizieren gemeldet. In Münster meldete sich der Lieutenant Anneke zur Aufnahme in eine Gesellschaft „Cercle“, an der Ärzte, Referendarien, Advokaten, darunter auch Landwehroffiziere theilnehmen. Die Aufnahme wurde verweigert, die Zahl der schwarzen Kugeln überwog. Da über Anneke's ehrenwerthen Charakter sogar unter den ihn verurtheilenden Richtern nur eine Stimme herrscht, so kann diese Herren nur die Besorgniß, „mißlieblich“ zu werden, Bewogen haben, ihm ihre Stimme nicht zu geben. Die Minorität (etwa 26) trat sofort aus der Gesellschaft aus. Ein höherer Militairthat aber alsbald seinen Offizieren kund, er werde es sehr gern sehen, wenn sie an dieser Gesellschaft theilnähmen. Die Freiwilligen, welche zu der ausgetretenen Minorität gehörten, wurden eingeladen, um über eine ganze Menge von Fragen, ihr Verhältniß zu Anneke, ihre Motive zum Austritt, ihre Gesinnungen u. dgl. betreffend, Auskunft zu geben. Natürlich beantworteten sie nur die auf ganz bestimmte Thatsachen sich beziehenden Fragen, wiesen aber die übrigen, namentlich die über ihre Gesinnungen als eine Inquisition, der sie sich nicht zu fügen hätten, zurück. —

Wir müssen leider dem Winter mit Besorgniß entgegensehen, mit größerer noch, als im vorigen Jahre. Die Noth ist an vielen Orten schon jetzt sehr groß; aus Grefeld wird ein Faktum gemeldet, was an Irland erinnert. Dort wurden Ackerdiebstähle ganz ungescheut am hellen Tage ausgeführt und der herzukommende Besizer wurde mit dem Tode bedroht, wenn er die Thäter anzeige. Noth kennt kein Gebot und der Verzweifelte wagt Alles. In den schlesischen Weberdistrikten hört man von den hungernden Fabrikarbeitern wieder die wildesten Drohungen gegen die Fabri-

kanten. Auch bei uns beginnen die verhältnißmäßig reichen Erwerbsquellen allmählig zu verkümmern; die Erdarbeiten an den Eisenbahnen, welche die meisten Menschen beschäftigten, nahen sich ihrer Vollendung. Rechne man nicht allzu fest auf einen Winter, wie er uns voriges Jahr zu Hilfe kam! Beruhige man sich nicht bei dem Gedanken: Wenn jeder spart, so reicht man immer aus! Alle Länder des Continents bedürfen Zufuhr, und wenn diese uns wirklich vor eigentlichem Mangel an Lebensmitteln schützen sollte, was mir noch keineswegs ausgemacht scheint, da weder Südrußland, noch Amerika brillante Ernten gehabt haben, so wird doch der Preis unerschwinglich für die arbeitende Klasse werden. Den Preis aber werden die Zufuhren nicht herabdrücken. „Die für unseren Kornhandel sehr günstigen Nachrichten, schreibt eine amerikanische Zeitung, haben sofort die Mehl- und Kornpreise bedeutend gesteigert; Viele wollen vorläufig gar nicht verkaufen. Auch andere Lebensmittel sind in die Höhe gegangen. Ubrigens hat der Wurm sehr viel geschadet und die Ernte ist schlechter, als 1844 und 45.“ Staat und Gemeinden sollten sich also nicht abhalten lassen, sich bei Zeiten für den Fall der Noth mit Lebensmitteln zu versehen, und sich nicht dabei beruhigen, daß voriges Jahr das Elend und der Mangel nicht so hoch stiegen, als man Anfangs fürchtete. Besser verwahrt, als beklagt! Privatvereine oder Gemeinden, die zu diesem Zwecke zusammentreten, müssen aber von vornherein darauf gefaßt sein, etwas bei dem Unternehmen einzubüßen. Sonst wäre es ja keine Wohlthätigkeit, keine Aufopferung, sondern nur eine Gefälligkeit, die sie den Armen erwiesen. Die erste Nothwendigkeit ist allerdings die, Lebensmittel zu beschaffen; aber es ist nicht minder nöthig, sie den Dürftigen zu einem erschwinglichen Preise abzulassen. Solche Vereine müssen also den Dürftigen auch unter dem kostenden Preise verkaufen; denn die Sorge des Armenvorstandes für die ganz Armen, auf die man sich so oft beruft, reicht nicht aus; seine Mittel sind nur für gewöhnliche Zeitläufte berechnet und meistens knapp genug.

Sachsen. Das Schicksal des Krakauer Dictators Tyszkowski, welcher bis jetzt sich in milder Haft auf dem Königsstein befand, hat eine sehr ungünstige Wendung genommen. Er wird jetzt viel strenger gehalten und an seine Freilassung scheint nicht zu denken zu sein. Freilich ist sein Loos noch immer ein ungleich besseres, als wenn er den Russen in die Hände gefallen wäre; der Tod oder mindestens die furchtbare Marter der Knute und die sibirischen Bergwerke wären ihm gewiß gewesen. Das Ansuchen, ihn auszuliefern, hat die sächsische Regierung entschieden abgewiesen. Man hoffte aber, daß sie Herrn Tyszkowski freilassen würde, nachdem sie etwa die Aufschlüsse über den Krakauer Aufstand, die er geben konnte und wollte, erhalten hätte. Man glaubte nicht, daß die sächsische Regierung sich irgend veranlaßt finden würde, einen Mann einzuferkern, der gegen sie selbst Nichts verbrochen hatte, wenn er auch an der Spitze des Aufstandes eines selbstständigen Staates gestanden hatte. In der That, aus welchem Grunde sollte Sachsen eine Strafe vollziehen, welche Oesterreich und Rußland wahrscheinlich verhängt haben würden? Politische Vergehen sind in dieser Beziehung wohl von anderen zu unterscheiden; für solche sollte kein Staat das Mßl weigern. Die strenge Haft, die Herr Tyszkowski jetzt erleidet, ist aber unzuweifelhaft durch russische und österreichische Reklamationen hervorgerufen. —

Der Minister Könneritz, der hartnäckige Gegner des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens, hat seine Entlassung genommen. Ob er aber wegen der den seinigen in diesem Punkte entschieden widersprechenden Ansichten der Kammer abgetreten ist, ob sein Nachfolger auf die Beschlüsse derselben mehr Rücksicht nehmen wird, das sollte man zwar nach den Grundsätzen der konstitutionellen Verfassungen erwarten; in Deutschland ist aber in dieser Hinsicht die Praxis von der Theorie immer sehr bedeutend abgewichen.

Braunschweig. Der ständische Ausschuss, welcher über die zwischen der Regierung und der Kammer entstandenen Differenzen in Bezug auf das Budget entscheiden muß, hat sein Votum abgegeben. Er hat durch Stimmenmehrheit sich dahin ausgesprochen, daß die unvollständige Veröffentlichung des Budgets (bloß der bewilligten Posten) Seitens des Ministeriums und die Erhebung der nicht ausdrücklich bewilligten Sätze für eine Verletzung der Verfassung zu erachten sei. Er bittet um schnellen Aufschluß, protestirt gegen die Ausführung des Finanzgesetzes und behält sich fernere Maaßregeln vor. Ich sehe nicht recht ein, was für „Aufschlüsse“ er noch nöthig hat, wenn eine Verfassungsverletzung vorliegt. Sollte dieser Fall nicht vorgesehen sein? Ist vielleicht die Stelle nicht bezeichnet, bei welcher man das Ministerium in Anklagestand versetzen kann? Das wäre freilich eine arge Lücke, die sich indessen auch wohl sonstwo im deutschen Vaterlande gefunden hat. Jedenfalls müßte der Ausschuss dann alsbald von seiner Befugniß Gebrauch machen, die Kammer sofort zusammenberufen zu können, ohne der Einwilligung des Landesherrn zu bedürfen, und mit ihr die fernere zu ergreifenden Maaßregeln berathen.

Hannover. Die Stadt Hameln hat Öffentlichkeit der Sitzungen des Magistrats und des Bürgerkollegiums beantragt, welche der Magistrat für sich allein zu bewilligen das Recht hat, — natürlich wenn dieses Recht nicht hinterher aufgehoben wird, wie das auch wohl mal passirt. Es fragt sich nun, ob dieser nach oben sich stets sehr freisinnig zeigende Magistrat darauf eingehen wird, oder ob er auch an den bürokratischen Maximen krankt, welche man mit Recht dem größten Theile der s. g. freisinnigen staatsgrundgesetzlichen Opposition vorwirft; Herr Stüve stand auch in dieser Beziehung an der Spitze derselben. — In Celle ist die Illumination für den Kronprinzen bei 5 Uhr. Strafe verboten. Dieses Verbot ist höchst auffallend in Deutschland. Ich vermuthete, daß die Bürgerschaft sie entweder gar nicht oder nur zu einem sehr kleinen Theile beabsichtigt hat und daß die Behörden Demonstrationen der nicht Illuminirenden gegen die Illuminirenden besorgten.

Baden. Mag man über die Ergebnisse des letzten Landtages denken, wie man will, mag auch der letzte Angriff der Radikalen, die durch Welcker beantragte Verweigerung der Steuern, ein Theatercoup gewesen sein, nur in der sicheren Voraussetzung unternommen, daß er zu keinem Resultate führen würde: — es ist dennoch eine neue Epoche in dem politischen Leben Badens angebrochen und sie äußert sich durch eine strenge rückwärtslose Kritik der Leistungen der Abgeordneten, auch der radikalen. Weder das Volk, noch die Presse will es mehr unbedingt gutheißen, was die schönrednerischen, meist sehr phrasenreichen liberalen Herren im Ständesaale thun und mancher Sessel möchte bei den nächsten Wahlen anders besetzt

werden als bisher. Namentlich sind die H. Bittel und Bissing, die Führer der Jusse-Milieu-Partei, wegen ihrer Halbheit und jämmerlichen Unentschlossenheit, wegen ihrer kläglichen Bücklinge nach beiden Seiten recht schafften verhöhnt; ebenso hat Herr Wassermann wegen seiner polizeilichen Deklamationen gegen die Hegelinge, die Nihilisten und Kommunisten, von denen er obendrein so viel versteht, wie die Kuh vom Sonntag, und der radikale Herr Weller wegen seines enragirten Judenhasses derbe Wahrheiten hören müssen. Zudem wird das hungernde Volk von den radikalsten Phrasen der Radikalen nicht satt und die materiellen Fragen, die äußerst prosaischen Forderungen zur Beseitigung der Noth, zur Befriedigung des bellenden Magens drängen sich immer mehr in den Vordergrund. Mögen sich die Radikalen das merken; sie könnten sonst am Boden liegen, wie fest sie auch im Sattel zu sitzen meinen. Die Volkssouverainetät ist recht schön und gut; aber was hat der hungrige Proletarier von ihr allein? Er verlangt mit Recht zuerst Sicherung seiner äußeren materiellen Existenz, wie sich das ganz kürzlich erst wieder bei dem Crawall zu Bern zeigte. Und nur auf dieser Basis können die höheren Forderungen und Bedürfnisse von Sittlichkeit und Freiheit wachsen und gedeihen. — Der klassische, an den Brüsten des Alterthums genährte Oberstudienrath hat den Zöglingen der Lyceen und höheren Bürgerschulen die Theilnahme an den harmlosen Turnvereinen untersagt. Demagogische Umtriebe von diesen Instituten zu befürchten, dazu ist selbst der Oberstudienrath wohl nicht im Stande. Er will nur die klassische, altherwürdige Tradition aufrecht erhalten, daß ein deutscher Gelehrter ein pedantischer, unbehüllicher Mensch sein, daß die Ausbildung des Körpers nicht wie bei den schönen, heiteren Griechen mit der des Geistes Hand in Hand gehen müsse, sondern daß jene vielmehr diese nur beeinträchtige. O Böpfe, o Tröpfe! —

Schweiz. Das wichtigste Ereigniß, die Ursachen und Folgen des Aufstandes und Sieges der Demokratie in Genf, finden die Leser in einer besondern Korrespondenz. Die neue Regierung ist durch das Resultat der Wahlen gesichert und wird sich wenig daran kehren, daß Luzern sie nicht anerkennt. Die noch zu einem gültigen Bundesbeschluß gegen die Jesuiten und den Sonderbund fehlende Stimme wird Freiburg, wo sich der liberale Bezirk Murten tüchtig rührt, abgeben oder Baselstadt. Hier wackeln die Böpfe gewaltig und da die Konservativen einsehen, daß sie den Radikalen und ihrem Rückhalte, den Basellandschäftlern, nicht widerstehen können, so wird man sich wahrscheinlich „freiwillig, weil man muß“, über eine Revision der Verfassung und eine dem Tagsatzungsgeandten zu ertheilende Instruktion gegen Jesuiten und Sonderbund einigen. Ob dann aber der Sonderbund d. h. die jesuitischen Urkantone sich dem Beschluß der Tagsatzung unterwerfen oder es im Vertrauen auf ihre unzugänglichen Berge auf einen Bürgerkrieg ankommen lassen, das ist freilich noch zweifelhaft; leider scheint nach den Rüstungen dieser Kantone das letztere wahrscheinlicher. An eine Intervention Oesterreichs oder Frankreichs glaube ich nicht; beide haben genug daheim zu thun. Die französische Regierung wird es auch nicht wagen, ihre Bataillone zu Schildknappen der frommen Väter Jesu, der politischen und religiösen Reaktion herzugeben. Die Intervention Oesterreich, welches solche Bedenken nicht hegen wird, allein zu überlassen, das leidet wieder die Eifersucht nicht. Zudem ist es auch noch sehr die

Frage, ob der schweizerische Patriotismus d. h. die Abneigung gegen die Fremden, die gerade in den Urkantonen am brutalsten ist, sich eine Einmischung der Fremden gefallen lassen, ob diese Abneigung nicht am Ende die Oberhand über die Jesuitenliebhaberei gewinnen würde. Die Jesuiten haben zwar die ohnehin schon sehr hornirten Urkantone nach Kräften verblümmt und fanatisirt; aber der Schweizerpöbel ist eine tief eingewurzelte Krankheit. Von der unglaublichen Rohheit der Urkantone in der Gesetzgebung, wofür schon die Bestrafung eines Freischaarenoffiziers und eines des Atheismus beschuldigten babilischen Schneidergesellen Bogt in Unterwalden und Uri mit Pranger und Ruthenstreichen von Henkers Hand so schreiende Belege lieferten, hat auch Luzern wieder einen skandalösen Beweis gegeben. Die Frau des Dr. Steiger, welche während der Gefangenschaft ihres Mannes dessen Buchforderungen an einen Agenten verkaufte, ist jetzt in *contumaciam* zu 6 Jahren Zuchthaus und zum Tragen eines eisernen Ringes um den Hals mit einem Schnabel verurtheilt, weil sie durch jenen Verkauf den Fiskus, der für seine Mühwaltungen Steigers Vermögen gern eingezogen hätte, benachtheiligt hatte. Was kann die gemeine Nachsicht eines Siegwart Müller, eines Bernhard Meyer, die jetzt unter der Ägide der Jesuiten den Kanton beherrschen, mit solchen Gesetzen nicht ausführen! Zum Glück befindet sich Frau Steiger wohlbehalten in Bern und die Luzerner hängen einen so wenig wie die Nürnberger, wenn sie ihn nicht haben. — In Folge der hohen Preise der Lebensmittel haben die Arbeiter in Bern eine kleine Emute gemacht. Ihre Wuth richtete sich besonders gegen die Kornaufkäufer, die man speciell als Wucherer zu bezeichnen pflegt, während man bei anderen Kaufleuten das nämliche Verfahren ganz in der Ordnung findet. Mehrere Menschen wurden durchgeprügelt, mehrere Läden geplündert und demolirt. Die gestürzten Patrizier mögen das Feuer geschürt haben, um der radikalen Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Aber zu verwundern ist es eben nicht, daß die Berner Proletarier, die noch kürzlich eine radikale Bewegung gelingen sahen, deren Früchte nicht bis zu ihnen kamen, auch einmal eine Revolte versuchten, um der ihnen am meisten fühlbaren Noth ein Ende zu machen. Die Regierung nahm übrigens die in der Petition der Arbeiter vorgeschlagenen Mittel zur Abhülfe der Theuerung an und so wurde die Ruhe wieder hergestellt. Ob die eben bekannt werdende Ausweisung des Züricher Sozialisten Treichler aus Bern von der Regierung in Folge dieses Arbeiteraufstandes verfügt ist, steht dahin. Die radikale Regierung, die noch kürzlich mit einer in der Schweiz sehr anzuerkennenden Liberalität die Judenordnung aufhob und die Juden unter das allgemeine Fremden Gesetz stellte, sollte aber solche Maßregeln nur aus den triftigsten Gründen verfügen und solche sind bis jetzt nicht bekannt geworden. — In der Waadt gewinnen die sozial-demokratischen Ansichten, denen auch die Staatsräthe Druex, Delarageaz, Gytel entschieden anhängen, immer mehr Boden, der „Schwanenverein“ dehnt sich immer weiter aus. Der Fourierist Victor Considérant hat kürzlich in Lausanne Vorlesungen gehalten und die Konservativen scheinen nicht abgeneigt, ihm die Genfer Revolution zur Last zu legen, was natürlich haarer Unsinn ist. In Genf ist übrigens beschlossen, daß der frühere Staatsrath und der Militairkommandant den Schaden des von ihnen angeordneten Bombardements der Vorstadt St. Gervais tragen sollten und das ist auch ganz in der Ordnung. —

Frankreich. Während in anderen Gegenden bei der lang anhaltenden Dürre fast alle Brunnen versiegen, rauschen plötzlich in Frankreich die Fluthen der Ströme verheerend daher, durchbrechen ihre Dämme und vernichten massenweise die Wohnungen und die Felder der Menschen. Aus mehreren Departements ertönen herzerreißende Klagen; nicht wenige Menschenleben gingen zu Grunde und der übrige Verlust wird auf viele Millionen geschätzt. Vergebens zerbrechen sich die Gelehrten die Köpfe darüber, woher diese so häufig wiederkehrenden verheerenden Überschwemmungen rühren mögen. Früher wurden durch einen Nachtspruch der Akademie die rauschenden Wälder auf den Bergen als Ursachen des Übels niedergehauen, nachher wurden sie wieder angepflanzt und das Übel blieb dasselbe. Zu den allerdings großartigen Arbeiten, durch welche die brausenden Fluthen unschädlich abgeleitet werden könnten, sind keine Fonds da.

Der diplomatische Sieg, den Louis Philipp durch die Verheirathung des Herzogs v. Montpensier mit der Erbprinzeßin Donna Luisa errungen hat, mag für die Dynastie ganz ersprießlich sein; dem Lande wird er vor der Hand nicht viel mehr eintragen, als die Mühe, die karlistischen Offiziere, von denen man eine Contrerévolution befürchtet, einzusperrten, den Verlust enormer Summen zur Befestigung des franz. Einflusses in Madrid, und den Austausch einiger Orden. Eine Änderung der Handelsverträge würde England zu empfindlich verletzen. Das vermeidet man gern; man ist zufrieden mit den Vortheilen, welche die Dynastie errungen hat. — In Saubourg St. Antoine brach ein Aufstand aus, weil das Brod über Nacht um 4 Cent. pro 2 Kilogramm aufschlug. Er wurde zwar ohne große Mühe unterdrückt; da aber die Ursache, die Noth, dieselbe bleibt, so gehört nicht viel Prophetengabe dazu, um eine Wiederholung vorherzusagen, und jede wird bedenklicher werden. Der „National“ verlangt zur Abhülfe der Noth die Aufhebung des Oktroi auf Fleisch; jedes Stück Vieh zahlt an der Gränze 50 Fr. Eingangszoll; in Paris beträgt der Oktroi auf jedes Pfund Fleisch 2 Sous. Dadurch wird jährlich eine Summe von 6,000,000 Fr. erzielt, welche der „National“ durch eine Steuer auf Luxuspferde beschaffen will. Das ist gut, aber nicht ausreichend; die eigentlich Nothleidenden essen kein Fleisch, weil sie nicht einmal die wohlfeileren Lebensmittel bezahlen können. Eine Steuerveränderung lindert etwas, heilt aber das Übel nicht; dazu ist eine tiefer eingreifende Änderung nöthig. Außerdem verlangt der „National“ Öffentlichkeit der Sitzungen der Municipalität, welche merkwürdiger Weise noch nicht existirt.

Die Arbeiter haben für sich dasselbe Recht in Anspruch genommen, welches die Regierung den Freihandelsmännern und Protektionisten zugestanden hat. Sie wollen ebenso, wie diese, einen Verein zur Wahrung ihrer Interessen bilden, da keiner der von jenen Parteien gestifteten Assoziationen dieselben vertritt. In England haben sie dieses Recht; in Frankreich werden sie es schwerlich erhalten. So weit dehnt die Bourgeoisie die Assoziationsfreiheit nicht aus; was sie für sich beansprucht, ist sie darum noch keineswegs gesonnen, den Arbeitern zugestehen. Ebenso wenig wird sie zugeben, daß dadurch die Gleichheit vor dem Gesetze, mit der sie sich gelegentlich so breit macht, aufgehoben wäre. Sie denkt vielmehr, Unterschiede müssen einmal sein.

England. Die Noth in dem reichen England, dem reichsten Lande

der Welt, steigt ebenfalls von Tage zu Tage. Die Handels- und Fabrikammern von Manchester und anderen Städten reichen Petitionen ein, in welchen sie die sofortige freie Einfuhr für Lebensmittel verlangen, welche nach dem vom Parlament angenommenen Vorschlage Peels erst in 3 Jahren ganz frei gegeben werden sollte. Man hofft, dadurch die Preise herabzudrücken; Fleisch und Speck sind bedeutend gestiegen, Brod kostet ein Drittel mehr, als sonst, Hafermehl das Doppelte, Kartoffeln das dreifache der Mittelpreise. Für England hilft das vielleicht, wenn sonst die Geschäfte gut gehen. Aber für Irland? An allen Orten erhebt sich die hungernde Bevölkerung und nimmt gewaltsam Lebensmittel weg, wo sie welche findet. In Dunganon kam es darüber zu einem blutigen Zusammentreffen mit dem Militair, welches mehrere Hungerige niederschoss, die dann freilich den Vortheil hatten, nicht mehr zu hungern zu brauchen. Nach Slibbereen zog eine Schaar von 1000 Bauern, Weibern und Kinder; die Bürger bewaffneten sich, die Aufrührakte wurde verlesen. Aber die Bauern erklärten, sie wollten sich lieber erschießen lassen, als verhungern; seit 24 Stunden hätten sie Nichts gegessen und ihre Weiber und Kinder sollten nicht hungern, so lange noch ein Kornspeicher gefüllt sei. Was sollte man den Leuten erwidern? Man fütterte sie nothdürftig ab und sie entfernten sich mit der Drohung bald wieder zu kommen. Bei den von der Regierung angeordneten öffentlichen Arbeiten, die noch lange nicht allen Arbeitslosen Beschäftigung geben können, verdient der Arbeiter 8 Pence und das reicht grade hin, um den täglichen Maisbedarf für eine Person zu kaufen. Was soll da aus Weib und Kind werden? D'Connell hat auf die Einsammlung seines Tributes verzichtet und die Notablen zur Berathung zusammen berufen. Sie mögen sich eilen, umfassende Maaßregeln zur Abhülfe der Noth selbst mit großen Opfern zu treffen, ehe die Verzweiflung der Hungernden alle Dämme durchbrochen hat, ehe der Krieg der Besitzlosen gegen die Besitzenden in vollen Flammen ausgebrochen ist. Lange Zeit zum Besinnen ist nicht mehr da — und andere Länder mögen sich ein Beispiel daran nehmen. Gegen den Hunger helfen weder Polizei, noch Bajonette! —

Spanien. Vermählungsfeierlichkeiten mit obligaten Stiergefechten, eine Amnestie für das Militair bis zum Grade eines Obersten, für das Civil bis zum Grade eines politischen Chefs, welche also noch sehr viele Personen ausschließt, massenweises Erschießen und Hängen von karlistischen Aufständlern in Leriba und Seu d'Urgel — das alte Lied! Von Cabrera's Unternehmungen hört man noch Nichts.

Portugal. Auch hier, wie in Spanien, Hofintriguen, Staatsstreiche und Militairverschwörungen! Kaum ist Costa Kabral vertrieben, kaum beginnt sich das septembristische (radikale) Ministerium Palmella zu befestigen, so beliebt es der Königin mit Hülfe eines ehemaligen Septembristen, Marschall Saldanha, dasselbe aufzulösen, Kabral zurückzurufen und durch einen Staatsstreich alle konstitutionellen Bürgschaften, die Pressefreiheit zu suspendiren. Dieses unbesonnene Unternehmen kann ihr leicht die Krone kosten. Die Septembristen haben zu Dporto, zu Coimbra die Waffen gegen diese Contrerevolution ergriffen und marschiren gegen Lissabon. Den Bevollmächtigten der Königin, Herzog Terceira, setzten sie fest, mehrere seiner Begleiter wurden niedergehauen. Die eine Junta, an deren Spitze der Marquis von Loulé, Oheim der Königin, steht, hat sie abge-

setzt und die Regentschaft ihres Sohnes proklamirt; die andere, deren Führer Graf Das Antas ist, will bloß das Ministerium Palmella wieder einsetzen. Damit wird man sich schwerlich begnügen; Donna Maria und König Ferdinand haben zu thätig eingegriffen, als daß sie sich diesmal der persönlichen Verantwortung entziehen könnten. Die Regierung hat kein Geld und weiß sich nicht zu helfen; sie soll eine bewaffnete Intervention Spaniens begehrt haben, die dieses nicht leisten kann, weil es selbst Aufstände des Esparteristen und Karlisten zu fürchten hat.

Italien. Die Reaktionen haben sich durch ihren Ärger über das kräftige Einschreiten des Papstes gegen die tiefeingewurzelten Mißbräuche aller Zweige der Verwaltung, durch seine entschieden liberalen Maßregeln zu einem bewaffneten Aufstande in Borgo di Faenza, dem Sitz der berühmten Freiwilligen Gregors, hinreißen lassen, der bald von der Bevölkerung und dem Militair unterdrückt wurde. Papst Pius wird sich durch solche Aufstände der Reaktion nicht schrecken lassen, so wenig als durch ihre schmutzigen Pamphlete, in denen er als Feind der Religion und des Christenthums geschildert wird. Die Masse der Bevölkerung ist darum nur von größerem Enthusiasmus für ihn erfüllt. Um ähnlichem Unfuge vorzubeugen, verlangt man Errichtung einer Bürgergarde; auch soll eine Konstitution in Aussicht stehen. Einen sehr guten Eindruck hat es gemacht, daß Pius bei der herrschenden Theuerung sich alle weiteren Volkfeste verboten hat. Und wenn er, wie es heißt, die Todesstrafe abschafft, so gäbe er dadurch allen übrigen, viel civilisirteren Ländern ein glänzendes Beispiel. Ubrigens ist er sehr vorsichtig; Papst Ganganelli, der die Jesuiten aufhob, starb an einem Pulver, welches er nicht verdauen konnte und Papst Pius Magen möchte nicht stärker sein. —

Österreich. Die Ruhe in Gallizien ist noch immer nicht wieder hergestellt und es scheint auch wenig Aussicht dazu zu sein. Die Bauern haben auf größere Erleichterungen gerechnet, als die Regierung ihnen zugestehen will. Der Adel benützt das und macht ihnen größere Versprechungen (kommunistische Hoffnungen wird die „Ausg. Allg.“ sagen), um sich wieder mit ihnen zu verbinden. Vielleicht gelingt das; der erste Ausbruch ist vorüber, die Bauern sehen jetzt, daß ihre Oelleute grade so handelten, wie ihre Regierung selbst handelt, daß sie vielleicht gar von dieser gehemmt wurden, wenn sie den Bauern Lasten erleichtern wollten. In der That, man braucht die asiatische Rohheit des dortigen Adels nicht in Schutz zu nehmen, um dieser letzten Ansicht sich zuneigen. Die Regierung bürdete dem Adel die Ausführung aller dem Bauern verhassten Maßregeln auf; manche Wohlthaten, die der Adel beabsichtigte, führte sie als von ihr ausgehend aus, manche verbot sie. Auch sollen die Schlächtereien im Farnower Kreise weniger von den Gutsbauern, als von entlassenen, als Bauern verkleideten Soldaten verübt sein. Einzelnen Gemeinden sind Belohnungen an Geld zuerkannt. Wofür? Wer denkt nicht an das Blutgeld, dessen Auszahlung trotz aller Widersprüche der offiziellen Korrespondenten Osterreichs so evident nachgewiesen wurde? Der neue Gouverneur, Graf Stadion, hat die Vollmacht, das Standrecht zu verkünden. Das scheint nicht für die Wiederherstellung der Ruhe, sondern für die Erwartung neuer Aufstände zu sprechen.

Schleswig-Holstein. Die dänische Regierung hat den Geschäfts-

gang vereinfacht d. h. sie hat ihrem Repräsentanten eine unumschränkte Vollmacht gegeben, damit er bei den in diesen schwierigen Zeitläuften vielleicht nöthigen außerordentlichen Maaßregeln nicht durch lästige Einreden behindert würde. Die kollegialische Verfassung erschien zu unbequem. Alle polizeilichen und politischen Sachen kann der Regierungspräsident abmachen, auch andere Sachen einzelnen Rätthen zur alleinigen Verfügung geben. Er wird sich dann seine Leute schon aussuchen. Von der Handhabung der Censur kann man sich einen Begriff machen, wenn man bedenkt, daß der Bundestagsbeschluß über die Schleswig-Holsteinische Frage, den ich im vorigen Hefte für so wenig befriedigend und bestimmt erklärte, von der Censur gestrichen ist. Dagegen ist aber die Publikation der Bundestagsbeschlüsse von 1832, durch welche die in Holstein gesetzlich erlaubten öffentlichen Reden und Versammlungen verboten werden, der Beschluß von diesem Jahre gegen kommunistische Vereine in keiner Weise von der Censur gehindert. In Schleswig hat man diese Beschlüsse des deutschen Bundes nicht publizirt, wahrscheinlich um dem Lande den Anschluß an denselben zu verleißen. — Dilschhausen ist auf Befehl des Ober-Appellations-Gerichts seiner Haft entlassen und in Kiel festlich empfangen.

Mittlerweile wurde der Schleswigsche Landtag eröffnet, zu dessen Präsidenten der suspendirte Beseher, zum Vicepräsidenten der Herzog von Augustenburg gewählt ist. Seine Haltung wird der des Holsteinischen entsprechen. Folgende Propositionen sind bereits angekündigt: Beitritt zum deutschen Bunde, Vorlage des neuen Geschäftsganges, Änderung des Regierungs-Personals, namentlich Entlassung des Kanzleipräsidenten Graf Moltke, Zurücknahme des offenen Briefes, Trennung der Finanzen und des Militairwesens der Herzogthümer von Dänemark, allgemeine Wehrpflicht. Der Herzog von Augustenburg hat eine Motion um Verleihung einer ständischen Verfassung für Schleswig-Holstein mit entscheidender Stimme bei den Steuern und der Gesetzgebung eingebracht. Es hieß Anfangs, er wolle in der Ständeversammlung nicht zur Opposition treten, aus Discretion, weil er früher als Statthalter Manches erfahren hätte, was nicht zur öffentlichen Kenntniß kommen sollte. Wie es scheint hat er sich überzeugt, daß eine solche Discretion allem konstitutionellen Leben den Todesstoß versetzen würde; kein englischer oder französischer Staatsmann von Bedeutung könnte mehr aktiv auftreten, weil fast alle einmal Minister waren. — Der abgesetzte Oberst, Herzog zu Glücksburg, soll sich mit der dänischen Dynastie ausgesöhnt haben und auf dieses Gerücht hin wurde die ihm in Kiel zugedachte Illumination abbestellt. — Der Kronprinz hat sich zum zweitenmal scheiden lassen und wird bald zum drittenmal heirathen, wozu er wenig Lust haben soll. P.

Korrespondenzen.

(Bielefeld, 15. Oct.) Der letzte Act der seit einiger Zeit hier aufsehen erregenden ehrengerichtlichen Untersuchung ist vorgestern vorgenommen, wo den Landwehr-Offizieren Conshbruch und Delius von dem Ehrenrathe des Füsilierbataillons 15. Regiments ihre Entlassung angekündigt

wurde. Ein Protest der beiden Offiziere gegen die Publication des Erkenntnisses Seitens des benannten Ehrenrathes, als den allerhöchsten Bestimmungen zuwider und also gesetzlich unzulässig, weil die Untersuchung durch den Ehrenrath des Landwehr-Bataillons geführt wurde, hatte nur den gemessenen Befehl zur Folge, sich unweigerlich zu stellen, da dem Untergebenen fetnerlei Urtheil über die Gesetzlichkeit der von seinen Vorgesetzten ihm ertheilten Befehle vor geleistetem Gehorsam zustehet. Das Erkenntniß selbst, dem eine höchst schmeichelhafte Charakteristik der beiden Angeklagten vorausging, in der sie als sehr gebildete, tüchtige Männer und brauchbare Offiziere von entschiedenem Charakter dargestellt wurden, denen nur die unglückliche Hinneigung zur Opposition anklebe, motivirte die Dienstentlassung jener Herren aus ihrer eigenen Vertheidigung. Sie hatten darin gesagt, „daß sie bei allen Fragen von rein bürgerlichem Interesse den Standpunkt eines unabhängigen Bürgers, der nach Überzeugung handle, festhalten müßten und es unmöglich in der ursprünglichen Tendenz des Landwehr-Instituts liegen könne, sie in der Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte zu beeinträchtigen, weil sonst die Stellung eines Landwehr-Offiziers unhaltbar sein würde, indem jetzt schon nicht selten die bürgerlichen Ansichten mit denen des Militärs in Widerspruch ständen und in diesem Falle ein Landwehr-Offizier seine Überzeugung als Bürger doch nicht dem militärischen Verhältnisse zum Opfer bringen könne.“ Hieraus war gefolgert, daß die beiden Angeklagten schon factisch den Standpunkt, den sie als Landwehr-Offiziere unbedingt einnehmen müßten, verlassen hätten und zu entlassen seien, weil sie keinen Augenblick aufhören dürften, als Offiziere zu reden und zu handeln. Diese Anforderungen dürften sehr vielen Offizieren der Landwehr etwas Neues sein und gar manchen in Conflict mit seiner Gesinnung bringen, wie denn namentlich die in dieser Untersuchung früher genannten 5 Landwehr-Offiziere, welche mit einer Verwarnung abgekommen, genöthigt sein dürften, um ihren Abschied einzukommen, da sie sich verschiedentlich zu denselben Gesinnungen bekannt haben, welche bei den erwähnten beiden Offizieren den Grund ihrer Dienstentlassung bildeten. In unserer Gegend hat man die neuesten militärischen Verwickelungen mit der gespanntesten Aufmerksamkeit verfolgt, und namentlich wurde die Broschüre des Lieutenants Anneke in allen Städten wahrhaft verschlungen, da sich unter dem Bürgerstande eine große Vorliebe für die Artillerie und insbesondere für die 7. Brigade von jeher kundgab. Unbegreiflich erscheint es jedem, wie man dem Verfasser dieser Broschüre sein Benehmen bei der bekannten schamlosen Klatschgeschichte zum Vorwurf machen konnte, da doch in der Verbreitung niedriger Verleumdungen gegen Damen wahrlich kein ritterliches Gefühl hervortritt, welches auf Schonung Anspruch machen könnte. Der Geschmack ist zwar verschieden, wir unseres Theils vermögen aber solche „Abnormitäten“ nicht gut zu verdauen.

(Aus Lemgo.) Auch in den höhern Regionen scheint man nach grade über unsere Zeit zum Bewußtsein zu kommen, daß das Reich des Jenseits in den letzten Zügen liege und daß das Reich des Diesseits etabliert werden wird. Wir müssen aus den Bestrebungen der heutigen „Glaubenspartei“, die darauf gerichtet sind, den Glauben, wo er abhanden gekommen ist, durch alle möglichen Mittel wieder einzuführen, diesen Schluß ziehen. — Man will dem nie rastenden „Maulwurfe“ neue Hindernisse bereiten. —

Wir haben gesehen, wie die Universitäten, von denen freilich das „heidnische“ Licht der Vernunft verbreitet wurde, im Sinne des gläubigen Christenthums epurirt und restaurirt worden sind, wir haben ferner gesehen, wie nach und nach die Consistorien mit Männern des Glaubens statt mit Männern des Wissens besetzt worden sind und wir sehen jetzt, wie nun auch das gesammte höhere und niedere Schulwesen wieder „gläubig“ gemacht werden soll. Allerdings muß die „christliche“ Partei, wenn sie ihren Zweck, die Verchristlichung der „heidnisch“ gewordenen Welt durchsetzen will, grade die Schule ihrer Aufmerksamkeit würdigen. Den Zeitungen zufolge geht Preußen dem Glaubenscomité im übrigen Deutschland voraus. Der Schulrath Landfermann in Coblenz hat ein Gutachten über den Religionsunterricht an den Gymnasien erstattet, in dem gefordert wird, daß die Lehrer nicht nach individuellem Belieben, sondern auf Grund der heiligen Schrift und im Sinne ihrer Kirche unterrichten sollen. „Der Thorheit, heißt es weiter, daß Schüler bloß das auswendiglernen sollen, was sie verstehen, müsse endlich einmal entschieden entgegengetreten werden. Sowohl die Zöglinge der untern wie der obern Classen müßten eine nicht geringe Anzahl Bibelverse und etwa 50 Gesangbuchslieder auswendig wissen. Die Schüler der untern Classen brauchten das Gelernte nicht zu verstehen und der Lehrer solle sich auch hüten, es ihnen zu erklären. Jeder Schüler solle ein Gesangbuch haben, dem die Augsburgerische Confession angehängt ist.“ — Auf Grund dieses Gutachtens wird nun in Preußen vielleicht, um der „heidnischen“ aus den Classikern der Griechen und Römern fließenden Bildung ein Gegengewicht zu geben, der Religionsunterricht auf Gymnasien eingerichtet. — Auch bei uns haben wir eine Partei, welche in jenen Maßnahmen ihre schönsten Herzenswünsche verwirklicht sieht und ein *te deum laudamus* anstimmen würde, wenn auch unsere Gymnasien in diesem Sinne umgestaltet würden. Doch das hat noch Zeit! —

Im Sinne dieser — pietistischen — Partei erschien längst eine kleine Schrift: „Über den Religionsunterricht auf Gymnasien von Dr. Clemen, Prorector des Gymnasiums zu Lemgo“, die zu demselben Resultat gelangt, wie jenes Gutachten des Schulraths Landfermann. — Clemen geht mit Recht davon aus, daß das „lutherische“ Christenthum das ächte, das wahre sei, und indem er nun dieses als Maßstab seiner Beurtheilung an die vergangene und an die gegenwärtige Zeit, an alle Erscheinungen des Lebens, legt, kommt er zu der „betäubenden“ Einsicht, daß heutzutage verzweifelt wenig Christenthum vorhanden sei. Und so ist es auch. Was ist von dem ganzen Glauben Luthers übrig geblieben? — Glaubt wohl noch Jeder an „Jesus Christum, Gottes eingebornen Sohn, der empfangen ist von dem heiligen Geist, geboren aus Maria der Jungfrauen, gelitten hat unter Pontio Pilato, gekreuziget, gestorben und begraben, niedergefahren zu der Hölle, am dritten Tage wieder auferstanden von den Todten, aufgefahnen gen Himmel, sitzt zu der Rechten Gottes, des allmächtigen Vaters, von dannen er kommen wird, zu richten die Lebendigen und die Todten“? Wer glaubt noch heutzutage an „die ewige Verdammniß“, an „die „Ersünde“, an „die Taufe, als das Mittel der Befreiung von der Erbsünde“, wer glaubt an „die Rechtfertigung allein durch den Glauben“, an „die Erlösung durch das wirkliche Opferblut Christi“, wer glaubt noch, daß man im Abendmahl „den wah-

ren Leib und das wirkliche Blut Christi“ genießt!? — wer glaubt das noch Alles?! — Und ferner, wer glaubt noch „an den heiligen Geist, eine heilige christliche Kirche, die Gemeinschaft der Heiligen, Vergebung der Sünden, Auferstehung des Fleisches, und ein ewiges Leben.“? — Gewiß äußerst Wenige glauben in unsern Tagen noch an alle Sätze des lutherischen Christenthums, und auf diese reduziert sich dann auch die ganze „heilige christliche Kirche.“ — Es darf uns nicht wundern, daß Clemen, wenn er diesen Standpunkt zur Beurtheilung aller Erscheinungen für den einzig richtigen hält, über die großen Männer in unsere Literatur ein Verdammungsurtheil ausspricht. Lessing, Kant, Herder, Schiller und Göthe, Heine und Hermann — sie alle sind — Heiden und haben das große »Glend« der Glaubensleere unserer Tage verschuldet. Gerade so spricht Selzer, der Berliner Professor, der wie es scheint in der Absicht berufen worden ist, um den »Heiden« in Berlin entgegenzuarbeiten. Aber wenn nun schon diese Männer — Heiden sind, welches Prädicat wird dann einem Fichte, Hegel, Strauß, Bauer und Feuerbach zu Theil?! — Übrigens hat Clemen, der Selzer getreulich folgt, nicht unrecht, wenn er behauptet, unsere Literatur sei »widerchristlich«, sei »heidnisch« — aber er meint, daß sei nun nicht Recht und es sei Aufgabe des Staats, das Christenthum vor dem Einflusse des »modernen Aufklärichts« zu schützen. Denn »zu Christo hinzuführen könne nur letzter Zweck aller Ordnungen und Einrichtungen in einem christlichen Staate sein.« Und letzterer kann diesen Zweck vornämlich nur dadurch erreichen, daß er Schulen im Sinne des Christenthums errichtet oder die vorhandenen zu »christlichen« macht. Vor allen thut daher Noth, daß in denselben mehr als bisher die Religion gelehrt wird, es muß die Bibel mehr studirt, es muß sogar in den obern Classen die Dogmatik tractirt werden — und wenn so der Religionsunterricht betrieben wird, dann haben wir die freudige Hoffnung, daß die Schüler als »Gläubige« die Schule verlassen, daß sie nicht später auf den Universitäten durch das Studium der Philosophie, »der wahren Quelle unseres Heidenthums«, vom Glauben abweichen und den jung-deutschen Liberalen (Kommunisten würde er sagen, wenn er heute schriebe) nachfließen.

Das alte Lied! Wir halten uns an das Eingeständniß des frommen Doktors, der auch weiland alt-deutscher Demagoge war: Soll der Mensch »gläubig« bleiben, so muß schon auf der Schule für eine Zwangsjacke gesorgt werden, welche seine Entwicklung, seinen Ideenkreis in den gehörigen Schranken hält. Denn läßt man seiner Entwicklung freien Lauf, erlaubt man ihm freies Denken, freie Forschung, Beschäftigung mit der Philosophie, — so wird er »ungläubig«, »heidnisch.« — X.

(Aus dem Lippischen.) Seit kurzer Zeit wird bei uns mehr, als sonst der Fall, dem Bettlerwesen eine gewisse fürsorgende Aufmerksamkeit von Seiten des Polizeistaats zu Theil und wir dürfen letzteren insofern, als die Gensdarmrie schon bedeutend ausgeräumt hat, unsere »Anerkennung« nicht versagen. Aber, wie geht der Staat gegen dieß Übel zu Werke, dem er nicht gewachsen ist? Wenn er Schaaren von Polizeiwächtern und Gensdarmen gegen die »Bettler« und »Vagabonden« ausschickt und selbst wenn durch diese Maaßregel ein Haufe solchen »Gefindels« aufgegrif-

fen ist, meint derselbe dann dem „Übel“ gesteuert zu haben und die Hände in den Schooß legen zu dürfen? Mit solchen Polizeimaßregeln kann er wol temporär eine Gegend von diesen „Lumpen“ säubern, aber nicht für immer. Denn die „Bettelei“ ist ein Product unserer bürgerlichen Gesellschaft, der bestehenden Eigenthumsverhältnisse und darum kann man derselben nur durch gesellschaftliche Reformen beikommen; dadurch nämlich, daß das Prinzip der Gesellschaft, die auf dem Privateigenthum beruhende Vereinzelung, verlassen wird, dadurch daß an die Stelle des „beliebten“ Egoismus die Gemeinschaft gesetzt wird. Aber das will der Staat nicht und somit bleibt ihm nichts anders übrig, als mit feinen Mitteln, mit Polizei und Gensdarmen, gegen dies „Bettler-Unwesen“ einzuschreiten. Obgleich es nun wol für die Eigenthümer angenehm sein mag, wenn sie von dieser so lästigen Plage verschont bleiben, so können sich anderentheils die „Bettler“, diese Strolche, bitter darüber beklagen. Einmal ist es bekannt, daß selbst die notorischen Armen nicht einmal eine Unterstützung erhalten, mit der sie genügend auskommen können, und wieviele Arme giebt es nicht, die ohne alle derartige Unterstützung sind? — sind diese nicht auf das „Betteln“ angewiesen? sind diese nicht gezwungen, die „christliche“ Mildthätigkeit und Barmherzigkeit ihrer Nebenmenschen in Anspruch zu nehmen? Und nun die andere Classe dieser „Bettler“, diejenige, die noch arbeiten kann — der größte Theil derselben würde, wenn er immer Arbeit und zwar lohnende Arbeit hätte, nicht ans Betteln denken. Aber es giebt nicht immer Arbeit und kann man's in allem Ernst einem Menschen übel nehmen, oder ist es nicht wenigstens sehr erklärlich, wenn er einer nicht lohnenden Arbeit, einer Arbeit, bei der er Hunger leiden muß, das „Betteln“ vorzieht? Gehe der Staat dran denkt, das Betteln zu verbieten und die gegen dies Verbot Handelnden beizustechen, sollte er auf Beschaffung von lohnender Arbeit sinnen. Das kann er nun freilich wiederum nicht, wenigstens im Großen und Ganzen nicht, weil die Arbeit wie der Lohn unter dem Gesetze der argen Concurrenz steht. Aber unbillig ist es nichts desto weniger aus dem Betteln ein Verbrechen zu stempeln, wenigstens für den, der keine Arbeit bekommen kann. Und was hilft's denn auch? hat der „Bettler“ seine Zeit von 4—8 Wochen im Zuchthause abgesehen und er wird nun entlassen — was anfangen? Ist Arbeit da? Nicht immer; aber selbst wenn welche wäre, würde er sie wol bekommen?

Es ist als eine Ausnahme zu betrachten, wenn der entlassene „Züchtling“ in Arbeit genommen wird — denn: einen Kerl, der im Zuchthause gefessen hat, einen Verbrecher — den soll ich als Arbeiter annehmen? *3, Gott bewahre — Marsch!* So heißt's im Allgemeinen. — Nach solchen Erfahrungen steht sich der bestrafte Bettler wiederum genöthigt, zu seinem alten Metier zu greifen, er muß wieder betteln und das geht dann so lange wieder an, bis er wieder aufgegriffen und ins Zuchthaus abgeliefert wird. Nichts seltnes ist es auch, daß solche „Lumpen“, nach ihrer Entlassung aus dem Zuchthause, wiederum bettlen, um nur dahin zurückkehren zu können. Denn so miserabel es auch dort ist, so ist es doch besser als „in der Freiheit“, insofern nämlich als der „Lump“ dort vor Hunger geschützt ist, welchen Schutz ihm die Freiheit nicht gewährt. Ein solcher Fall passirte neulich in Blomberg. Wegen „Vagabundirens“ wurde ein Mensch beigesteckt und, nachdem er seine Strafzeit von 4 Wochen abgesehen hatte,

so hatte er nichts eiligeres zu thun, als dem Sicherheitswächter, dem Bettelvogt, zu insinuiren, daß er nach Masse zum Betteln gehen würde. Dort in der Kneipe wurde er denn auch gefunden mit einer Menge zusammengebettelten Brods. — Der Bettelvogt beförderte ihn wieder seinem Wunsche gemäß nach Detmold in's Zuchthaus, wo er zwar nicht zu betteln, aber auch nicht zu hungern braucht.

Und solche Fälle, die die Machtlosigkeit des Staates dieser sozialen Krankheit gegenüber aufs deutlichste darthun, sind nichts seltenes. Da aber der Staat nicht diejenigen Maßregeln ins Leben rufen wird, welche diesem „Übel“ radical abhelfen, so werden wir noch erleben, daß in dem Maße als dasselbe wächst — und es muß der Entwicklung unserer sozialen Verhältnisse zufolge stets wachsen — die Polizeimittel verschärft, die Strafen verdoppelt werden. Man denke an die englischen Workhouses. Aber wir wollen zum Schlusse auf einen Übelstand, der sich als die Consequenz jener Maßnahmen ergiebt, aufmerksam machen. Indem der Nothstand trotz Polizei und Gensdarmarie derselbe bleibt, so wird sich das „Betteln“, wenn scharf vigiliert wird, in den „Diebstahl“ verwandeln. Diese Umwandlung liegt vorgezeichnet: kann ich nicht mehr betteln, so wird räsonnirt werden, so muß ich stehlen, wenn ich nicht verhungern will. Und da helfen keine moralische Predigten und dergl.: Der Hunger thut einmal wehe und übertönt alles sog. Ehrgefühl, welches die Beeinträchtigung des Eigenthums Fremder nicht aufkommen lassen soll. — (X).

(Zürich, Anfang October.) Die Tagssagung. Ich wüßte wohl noch eine andere hohe Versammlung, die ich, was die staunenswerthen Resultate ihrer Wirksamkeit betrifft, mit der Tagssagung vergleichen könnte. Es ist aber ein eigen Ding mit der Tagssagung; die Dauer ihrer Sitzungen wird immer größer, aber dahingegen das Resultat derselben immer geringer, es läßt sich leicht berechnen, daß in so und soviel Jahren die regelmäßige jährliche Sitzung zwei Jahr dauern wird. Auf der letzten Tagssagung, so lange sie auch dauerte, ist in irgend erheblichen eidgenössischen Angelegenheiten eigentlich nur ein Beschluß gefaßt worden, und dieser bestand darin, einen schon früher gefaßten Beschluß nicht aufzuheben, nämlich das schon früher beschlossene diesjährige Thuner Lager, um dessen Nichtabhaltung einige Kantone eingekommen waren, doch abzuhalten. Dagegen ist zu den unerledigt gebliebenen, schwebenden Fragen eine sehr wichtige hinzu gekommen, nämlich der Sonderbund; solche Fragen, in denen weder *pro* noch *contra* ein entscheidender Beschluß mit 12 Stimmen zu Stande kömmt, werden von einer Tagssagung zur andern verschleppt, immer von neuem wieder durchgefäut, und so wächst der Ballast von Tractanden von Jahr zu Jahr. Die Schweizer schieben diese Ohnmacht der Tagssagung auf die Formen der Bundesverfassung, und allerdings ist diese mangelhaft genug. Hat nämlich ein Antrag nicht die Majorität von 12 Stimmen erhalten, so ist damit noch keineswegs gesagt, daß er nun verworfen und abgethan sei, oder daß ein Antrag auf Verwerfung und Wegfallen aus den Tractanden die erforderliche Majorität erhalten müßte; jeder Stand kann sich nämlich beliebig des Abstimmens enthalten, es werden nur die Stimmen für irgend einen Antrag gerechnet, ohne daß dabei das sich von selbst ergebende Gegenmehr irgend eine Bedeutung hätte. Manche Stände sind nun in ihrer Vo-

litik so unentschieden (vor allem Genf und Baselftadt), daß sie weder für die Annahme noch für die Verwerfung eines Antrags stimmen, und zwar ist das bei bedeutenderen politischen Fragen regelmäßig der Fall, daher denn auch darüber nie ein entscheidender Beschluß zu Stande kömmt. Die Stimmen der Halbcantone gelten nur, wenn beide Hälften desselben Cantons im gleichen Sinne stimmen, was bei Basel und Appenzell nie der Fall ist. Ubrigens sind bei allen irgend wichtigen Fragen die Gesandten streng an ihre Instructionen gebunden, und man weiß jedesmal das Resultat lange vor der Abstimmung ganz genau vorher; ich wundere mich nur, daß die Gesandten sich fortwährend die Mühe geben, so unendlich lange Reden zu halten, da diese ja doch auf die Abstimmung nicht den allergeringsten Einfluß haben; sie könnten meiner Seele eben so gut die Waibel hinschicken und durch diese ihre Instruction verlesen lassen, es thät's damit eben so gut. Das sind aber alles nur Auserlichkeiten, denen eine Bundesrevision allerdings abhelfen könnte; damit wäre aber eben nicht gar viel geholfen. Das Monströseste ist die gleiche Geltung der Cantone auf der Tagsatzung; die 1300 Urner, die 1500 Zuger, fallen bei der Entscheidung eben so schwer in die Waagschaale, als die 41,000 Berner und die 23,000 Zürcher. Früher, als die Interessen der einzelnen Cantone sich noch nicht so schroff einander gegenüber standen, als noch ein wirklich lebendiges Princip die verschiedenen Stände trotz aller Cantonalsoeveränität mit einem gemeinschaftlichen Bande zusammenhielt, als vor allem der Bildungsstand noch nicht so sehr verschieden war, da mochte dieses wohl weniger zu bedeuten haben; je mehr aber die einzelnen Cantone sich verschiedenartig und selbstständig entwickelten, je mehr ihre Interessen einander gegenüber traten, je mehr endlich die lebendigen Motive, welche die alten Eidgenossen zusammen geführt hatten, verschwanden und abstarben, um so drückender mußte dieser Übelstand sich fühlbar machen. Betrachten wir die Bevölkerung der Schweiz als ein Ganzes, ohne Rücksicht auf die einzelnen Cantone, so steht es so, daß der bei weitem größte und intelligenteste Theil dieser Bevölkerung sich's gefallen lassen muß, wie der kleinere rohe und unwissende Theil in den wichtigsten Angelegenheiten, welche die ganze Schweiz gemeinschaftlich angehen, entscheidet. Dieser kleine Theil, durch seine Machthaber und Pfaffen verhetzt, führt die Jesuiten in das Herz der Schweiz ein, die ganze liberale und intelligente Bevölkerung erhebt sich dagegen, aber umsonst, sie hat, da mehrere Cantone nicht entschieden auftraten, nur 10½ Stimmen. Aber diese 10½ Stimmen repräsentiren eine Bevölkerung von etwa 1,200,000 Menschen, die sieben Jesuitencantone etwa 382,000. Und so muß die Schweiz sich die Jesuiten gefallen lassen. Natürlich muß ein solches Verhältniß die größeren Cantone sehr verschmühen, aber sie wissen auch, daß eine totale Bundesrevision auf gewöhnlichem Wege unmöglich ist, denn die Jesuitencantone und auch andere kleinere werden ihre Macht nicht gutwillig aus den Händen geben. Auch kommt dazu noch, daß das Ausland diese Verfassung garantirt hat, und da es ein Interesse dabei hat, daß die Schweiz in ihrer jetzigen zerstückelten Gestalt verbleibt, so wird es auch diese Garantie gewiß halten. Zwar fehlt es bei innern Unruhen und tumultuarischen Vorfällen nie an diplomatischen Schulmeistereien; macht aber die Schweiz Miene, die Grundursache solcher innern Unruhen durch Bundesrevision und Aufstellung einer kräftigern Bundesregierung zu beseitigen, dann sagt das diplomatische Aus-

land: „ja, meine Liebe, das geht nicht, denn deine Bundesverfassung haben wir garantirt, die mußt du also schon behalten.“

Eine Bundesregierung ohne Macht, die einzelnen Cantone mit den streitendsten Interessen, durch kein lebensvolles Princip zusammengehalten, so stellt sich uns der Schweizerbund, diese Verbindung von 22 souveränen Staaten von verschiedener Größe, aber gleichen Rechten dar; einzelne Cantone halten zwar getreulich zusammen — aber feindlich gegen andere Cantone, und es sind politische oder religiöse Interessen, die sie verbinden, aber keine „eidgenössischen“ Bänden, das Wort eidgenössisch ist ein leerer Schall geworden, wie voll auch viele Schweizer den Mund davon zu nehmen pflegen. Auf der letzten Tagssagung trat das wieder recht grell hervor, wie wenig die hohe Tagssagung — ganz abgesehen von den oben erwähnten Schwierigkeiten, einen gültigen Beschluß zu Stande zu bringen — von den „getreuen lieben Eidgenossen“ respectirt wird. Die Jesuitencantone hatten früher schon erklärt, sie würden einem allfälligen Beschlusse, die Jesuiten auszuweisen, nicht Folge leisten; als sie nun bei den Verhandlungen über den Sonderbund aufgefordert wurden, sich darüber zu erklären, sprachen sie erst ein Mehreres über den Geist der Bundesverfassung und erklärten dann, einem bundesgemäß gefaßten Beschlusse würden sie sich allerdings nicht widersetzen. Natürlich verstanden sie unter bundesgemäß nicht das, was die Tagssagung selbst durch Stimmenmehrheit dafür erklären würde, sondern was ihnen selber so erschiene. Wenn aber die einzelnen Stände das Recht haben, der Majorität der Tagssagung gegenüber, ihre eigene Meinung geltend zu machen, dann ist der Tagssagung auch das letzte Restchen von Ansehen und Macht genommen; verschafft dieses Princip sich Geltung, so ist das eventuell Trennung der Schweiz, oder Bürgerkrieg, und in beiden Fällen wahrscheinlich Intervention des Auslandes. Eine solche könnte aber möglicherweise die getrennten Cantone wieder vereinigen und selbst der von den Jesuiten und Magnaten an der Nase herumgeführten Bevölkerung der Urschweiz die Augen öffnen. Ich sage, möglicherweise; aber auch nur bei unmittelbar drohender Gefahr von außen her könnte dieses schlummernde Nationalgefühl wieder erwachen und sich eidgenössisch wirksam erweisen; verbürgen will ich's freilich nicht. Wie die Sachen jetzt stehen, zeigt sich dieses Nationalgefühl nur als ein unsauberer, ängstlich eifersüchtiger, philisterhafter Fremdenhaß, und dieser ist in der That das Einzige, was die streitenden Eidgenossen in gewisser Art verbindet und zusammenhält.

Die Soldaten im Thuner Lager haben gemeint, da die Tagherren so lange darüber berathen hätten, ob man die Wehrmänner der verschiedenen Cantone ohne Gefahr zusammen kommen lassen könne, so wollten sie ihrerseits jetzt darüber berathen, ob es rathsam und sicher sei, künftig die streitenden Tagherren wieder zusammen kommen zu lassen. Und ihre Besorgniß ist nicht ohne Grund; die Tagherren waren ganz suchswild und so gereizt, daß mehreremal auf der Tagssagung selbst — wenigstens andeutungsweise — gefordert wurde, was, beiläufig gesagt, nicht einmal auf einem Seniorencorvent vorkommt. Die Sachen scheinen aber beigelegt zu sein, bis auf das Duell zwischen Dachsenbein und Abyberg, welches höchst wahrscheinlich statt finden wird. Es war eine schöne Scene in der letzten Sitzung zwischen den beiden Herren. Dachsenbein war zum zweiten Gesandten von Bern erwählt worden, da aber die Tagssagung sich schon ihrem Ende zu-

neigte, von der Anwesenheit auf derselben dispensirt worden. Über den Abwesenden fiel nun der tapfere Obrist Abhyberg mit den heftigsten Schmähungen her; nannte ihn einen Hochverrätber und Landfriedensbrecher, und als man Herrn Abhyberg vorhielt, er sei ja selber im Jahr 1833 nach seinem küfnachter Zuge wegen Landfriedensbruch aus der Liste der eidgenössischen Obristen gestrichen, wurde er noch mehr gereizt, und verbat sich auf's entschiedenste jede Zusammenstellung mit dem Hochverrätber Dachsenbein. „Mein Seel! Hauptmann Pistol, das sind recht harte Worte.“ Auf diesen Vorfall reiste Dachsenbein sofort nach Zürich ab, nahm in der vorletzten Sitzung seinen Platz ein, und wurde mit gänzlichem Stillschweigen empfangen. Tags darauf fing er selber davon an; über den Vorwurf des Hochverrathes sagte er, Napoleon habe seinen 18 Brumaire, Cäsar seinen Rubicon, und Abhyberg sogar seinen 3. August gehabt; er überlasse aber der hohen Versammlung das Urtheil über einen Mann, der ihn abwesend mit Schmähungen überschüttet habe und still bleibe, „weil er ihm das Weisse im Auge sähe.“ Der tapfere Obrist wurde sehr zornig, entgegnete viel fulminante Worte und schloß damit, daß er nochmals öffentlich Ulrich Dachsenbein von Nydau für einen Hochverrätber erklärte. Da legte sich der Präsident drein, und der Streit hatte ein Ende; noch am selben Tage ließ Dachsenbein den tapfern Obristen fordern; und dieser nahm auch die Forderung an. Das Duell scheint unvermeidlich, denn der zurücktretende Theil würde sich in diesem Falle zu stark blamiren.

Die Ländler (Urkantone) haben sich von jeher auf der Tagagung durch Grobheit ausgezeichnet und auf der diesjährigen wirklich Außerordentliches geleistet; der Gesandte von Baselland ist der Einzige, der ihnen mit glücklichem Humor darin die Stange hält. Er machte kein Hehl daraus, „wie sehr er es bedauere, in dieser hohen Versammlung sitzen zu müssen; man komme hier mit allerlei groben ungeschliffenen Leuten zusammen und müsse sich Ungezogenheiten gefallen lassen, ohne etwas dagegen thun zu können.“ Wenn du von solcher Ländlergrobheit hörst, so denkst du vielleicht, „das sind einfache, schlichte, hiberbe Leute, die von Weltton und Etiquette nichts wissen und daher im Drange nach Deutlichkeit mancherlei vorbringen, was uns als Grobheit erscheint, im Grunde aber gar nicht so arg gemeint und nur die ihnen gewöhnliche und geläufige Ausdrucksweise ist.“ Wenn du aber so denkst, so würdest du dich sehr schneiden. Die Gesandten der Urkantone, aus den herrschenden „edeln Geschlechtern“, haben ihre Jugend meistens in fremden Militärdiensten zugebracht und suchen sich grade durch äußere Geschliffenheit, Eleganz und sorgfältige Beobachtung aller conventiellen Formen auszuzeichnen; das glauben sie ihrem „edelen Geschlechte“ schuldig zu sein, und darauf bilden sie sich eben so viel ein, wie nur irgend ein Krautjunker in Westphalen oder am Rhein. Wenn du nun diese Herren auf der Tagagung so grob werden hörst, so fällt dir dabei vielleicht der Satz *naturam furca expellas*, ein, und du denkst, es ist doch nur die angeborne Ländlergrobheit welche durch die äußerliche Bildung hindurch bricht; das mag sein, aber mit ländlicher Naivität und hiberber Einfachheit wirft du dir jetzt die Grobheit dieser Herren nicht mehr erklären; sie wissen recht gut, was Höflichkeit ist, und sie halten unter sich viel auf Conventienz und Etiquette. Willst du sie einmal sehen? komm mit auf das conservative *Café Safran*, man trinkt dort, wie einer wohlwöbllichen Re-

daction nicht unbekannt ist, einen sehr guten Weltliner. Siehst du dort am Tische den grauhaarigen Mann? Ei! du brauchst dir nicht gleich die Taschen zuzuhalten, der Mann hat zwar ein Gesicht, wie ein Hofrätlicher Böfewicht aus einem bürgerlichen Schauspiel, das ist aber nicht seine Schuld, es ist Herr Fournier, der Gesandte von Freiburg. Der sich ihm jetzt Nähernde mit dem blutigen Ingrimme in dem bleichen schwammigen Gesichte, das ist Herr B. Meier von Luzern, der sich als eigendöfflicher Commissär in Wallis den Ehrennamen „Blutbäni“ erworben hat. Der lange junge Mann dort mit dem härtigen, kahlköpfigen Gesichte, der bei jedem Bückling einen so prächtigen Regenbuckel macht, das ist Herr v. Courten, der Walliser Gesandte. Da kommen noch mehrere, von Uri, von Unterwalden; sie begrüßen sich, und machen einander Bücklinge, Kragfüße, becomplimentiren sich, wer sich zuerst setzen soll, und das will gar kein Ende nehmen. „Wah!“ sagst du, „hab' ich doch bessere Gesichter gesehen.“ Weinertwegen, aber diese feinen Herren sind dieselben, die du heute auf der Tagsatzung schimpfen hörtest, und dort kommt eben der Haupthahn; es ist ein großer schöner Mann, sorgfältig nach der letzten Mode gekleidet, mit soviel ritterlichem Anstande, wie ein Pfau und ein Garbelieutenant zusammengenommen kaum erschwingen; das ist Herr Abhyberg, der Gesandte und Landammann des demokratischen Schwyz. Willst du diesen Führern der demokratischen Cantone gegenüber einmal einen wahrhaft demokratischen Staatsmann sehen, so komm mit in die Häfeli, dort treffen wir unter mehreren Anderen den Gesandten von Solothurn, den Landammann Munzinger, dessen anspruchlose liebenswürdige Persönlichkeit dir das Bild eines wahrhaften schlichten und einfachen Republikaners geben wird. Er weiß weder so zierliche Bücklinge zu machen, noch schwagt er dem Volke soviel von seiner uralten Freiheit vor, wie die Mächthaber in den Urcantonen, aber er ist ein echter Volksmann, ohne Volkschmeichler zu sein; weit entfernt, dem großen Haufen immer nach dem Maule zu reden, weiß er vielmehr, wo es seine Überzeugung erfordert, ungeordneten Gelüsten desselben mannhaft entgegen zu treten, ohne die geringste Furcht dadurch seine Popularität zu verschmerzen; er verkehrt unter dem Volke, ohne dabei zu fühlen, oder fühlen zu lassen, daß er sich zu ihm „herabläßt“. Siehst du, das ist der ächte Schweizer Republikaner. Sein einfaches Benehmen, seine ganze äußerliche Erscheinung macht einen wohlthuernden Eindruck im Gegensatz gegen die junkerhaften Ländlermajestäten. Du siehst es ihm an, daß er bei seiner Kleidung weder das Modejournal zu Rathe zieht, noch seine Toilette einer schließlichen Revision seiner Frau unterwirft; daher denn auch bei der Eröffnung der Tagsatzung der eine Zipfel des schwarzseidenen Halstuches so närrisch quer unter der offenen Weste über das Hemd hin hing, daß die Leute es für ein Ordensband hielten und sich den Kopf darüber zerbrachen, von wem der radikale Munzinger denn wohl einen Orden erhalten hätte. Auch behauptet die eigendöffliche Zeitung, er habe bei dieser Feierlichkeit graue Hosen angehabt, welcher Angabe jedoch die Neue Zürcher Zeitung widerspricht.

„Aber“, wirst du sagen, „du wolltest uns von der Tagsatzung schreiben, was sollen uns da solche kleine Züge von einzelnen Persönlichkeiten?“ Du hast freilich Recht, mein Junge, aber dergleichen ist wirklich das einzig Interessante an der ganzen Tagsatzung. Sollte ich dir etwa von den unendlichen Verhandlungen über die Klöster, die Jesuiten, den Sonderbund

u. s. w. schreiben, von den vielen alten und neuen Argumenten *pro et contra*, die immer von neuem vorgebracht werden und doch Niemand überzeugen? Oder wenigstens von den Resultaten dieser Verhandlungen? von den verschiedenen Anträgen, die bei jeder dieser Fragen, um die Sache auf irgend eine Art zu vermitteln und zu Ende zu bringen, gestellt wurden und sämmtlich durchfielen, was übrigens Jedermann voraus wußte? Ich meine, die Leser des Dampfsbootes würden mir das wenig Dank wissen, und es wäre auch ziemlich schwer, denn der Teufel mag über Resultate berichten, wenn keine da sind. Es ist gewiß sehr langweilig, eine Danaide oder ein Sisyphus zu sein; aber über den Verlauf ihrer Thätigkeit genauen und ausführlichen Bericht zu erstatten oder gar lesen zu müssen, ist gewiß eben so langweilig. Wenn ich übrigens im Anfang meines Briefes sagte, es sei in gemeinsamen Angelegenheiten nur Ein Beschluß zu Stande gekommen, so vergaß ich, daß über die neue Kopfbedeckung des eidgenössischen Heeres ebenfalls definitiv entschieden ist. Es waren verschiedene Vorschläge da, Helm, Tschakko, Käppi u. s. w. Uri konnte sich nicht zum „leichtfertigen“ Käppi entschließen, wollte aber gern zu einem vermittelnden Beschlusse die Hand bieten. Durch die versöhnliche und vermittelnde Politik Uri's wurde dann auch bewirkt, daß man die Extreme des Helms und Käppi's verwarf, und den vermittelnden Mittelweg des leichten konischen Tschakko's einschlug, dessen Einführung die erforderliche Majorität erhielt und somit definitiv beschloffen wurde. Danach wäre meine obige Angabe zu berichtigen.

† †.

(Zürich, Ende Oktober.) Die doktrinaire Regierung von Genf, oder, wie die „Eidgen. Zig.“ sich auszudrücken pflegt, die „weisen erleuchteten Staatsmänner des edlen Genf“, ist gestürzt, weil sie es nicht über's Herz bringen konnte, auf der Tagsatzung offen und entschieden gegen die Jesuiten aufzutreten. Der Kampf gegen die Jesuiten ist unstreitig der geistig bedeutendste, der gegenwärtig in der Schweiz durchgekämpft wird, und er reicht weiter und tiefer, als der Unterschied der Konfessionen; aber durch die Art, wie er geführt wird, gewinnt er eine rein politische Gestalt, und man darf sich nicht wundern, wenn Protestanten, die Anno 39 in Zürich die Landsturmnittel für die Reinheit des Calvinischen Lehrbegriffes in Bewegung setzten, jetzt tapfer und ungeschont zu den Jesuiten stehen oder wenigstens deren Gegner befeinden; dafür sprechen denn auch wieder die katholischen Jesuitenfreunde gar herzbrechend über die Verfolgung der christlichen Priester in der Waadt und jammern über den Sturz des edlen Genf. Ich wünsche allen diesen weisen Herren ein gleiches Schicksal, obgleich ich weiß, daß wir im Schooße der Gesellschaft schlimmere Feinde zu bekämpfen haben, als die Jesuiten sind. Wie es scheint, kommt in der Schweiz auch ein Kanton nach dem anderen zum Bewußtsein der Schmach, sich von den Jesuiten und deren katholischen und protestantischen Schlepenträgern an der Nase herumführen zu lassen. Genf hat davon ein glänzendes Beispiel gegeben. Bei den Tagsatzungsverhandlungen über den Sonderbund erklärte der Genfer Gesandte sich ohne Instruktion; später beschloffen die Genfer „weisen und erleuchteten“ Herren, nur dann für Auflösung des Sonderbundes zu stimmen, wenn die liberalen Kantone genügende Garantien durch Freischaarengesetze u. dgl. gegeben hätten; auch verlangten sie, dem künfti-

gen Vororte Vern, dem man nicht recht trauen könne, eidgenössische Repräsentanten beizugeben d. h. ihn gleichsam unter polizeiliche Aufsicht stellen. Zu dem Ende sollte der Vorort eine außerordentliche Tagessagung einberufen. Gegen diese schmählischen „vermittelnden“ — die Genfer Herren wußten recht gut, daß sie bei keiner Partei damit Anklang finden würden — Beschlüsse fanden Anfangs Oktober in der Vorstadt St. Servais auf dem rechten Rhoneufer mehrere Volksversammlungen unter dem Vorzuge des Herrn James Fazy statt; es sollte eine *commission constitutionnelle* erwählt werden, die bei dem Vorort und den liberalen Kantonen gegen diese Beschlüsse Namens des Genfer Volkes protestiren sollte. Am 6. erließ die Regierung Verhaftsbefehle gegen Fazy und mehrere Andere. Da beschloßen die Bewohner von St. Servais sich mit Gewalt zu widersetzen. Sie bewaffneten sich, so gut sie konnten, verbarrikadirten in der Nacht vom 6. zum 7. die in ihr Quartier führenden Rhonebrücken, die Regierung, welche bereits einige Bataillone einberufen hatte, ließ Kanonen auffahren und nach mancherlei Unterhandlungen, die zu Nichts führen konnten — noch am Morgen des 7. wollten die Insurgenten gegen vollständige Amnestie die Waffen strecken; die rachsüchtigen „weisen und erleuchteten“ Staatsmänner aber, die bei dieser Gelegenheit die „ewigen Ruhestörer“ mit einem Schläge zu vernichten hofften, verlangten unbedingte Unterwerfung, Verbannung des Herrn Fazy u. s. w. — eröffneten am 7. Nachmittags die Kanonen ihr Feuer, welche 3½ Stunde lang dauerte. Die Insurgenten antworteten tüchtig und da sie in ihren Häusern und Barrikaden geschützt standen, thaten die Kanonen den Häusern mehr Schaden, als den Kämpfern, Zwar wurden einige Barrikaden zerstört; aber die darauf angreifenden Bataillone wurden so wacker zurückgeworfen, daß sie sich mit dem Rufe *sauve qui peut!* in regelloser Flucht zerstreuten; auch die Kanonen mußten ihr Feuer einstellen. Die etwa 600 Mann starken Insurgenten, an Zahl viel schwächer, als die Regierungstruppen, mangelhaft bewaffnet und noch dürftiger mit Munition versehen, hatten am Abend alle Angriffe abgeschlagen; ihr eigener Verlust betrug nur 3 Tode und ein halbes Duzend Verwundete, während die Regierungstruppen 70—80 Tode und Verwundete hatten. In der Nacht wurden die Barrikaden wieder hergestellt, Lücken in die Brücken gebrannt und Alles sah voll fröhlichen Muthes einem entscheidenden Kampfe am nächsten Morgen entgegen. Die Regierung faßte auch wirklich den humanen Beschluß, das Quartier St. Servais mit glühenden Kugeln zu beschießen, um ihre verirrtten Unterthanen dadurch auf den rechten Weg zurückzubringen. Als dieses ruchtbar wurde, trat in den Stadttheilen des linken Rhoneufers auf dem Molard eine Volksversammlung, meist aus der kleinen Bourgeoisie, zusammen und ersuchte die Regierung abzutreten, und da die Insurgenten noch immer muthig die Stirn boten, so that sie denn auch den Herren *épiciers* den Gefallen und trat ab. Sofort wurde eine provisorische Regierung eingesetzt, an deren Spitze Herr Fazy stand; am 9. fand eine allgemeine Volksversammlung statt, wo das souveraine Volk den bisherigen Gr. Rath für abgesetzt erklärte. Der nun zu erwählende Gr. Rath sollte nur aus 90 Mitgliedern bestehen und zugleich die Stelle eines Verfassungsrathes (zur Revision der Verfassung) übernehmen. Herr Fazy begab sich nach dem Rathhause, wo sich der alte Gr. Rath inzwischen versammelt hatte und berieth, ob er sich auflösen solle oder nicht.

Herr Fazy verkündete ihm den Volksbeschluss. Der Präsident erwiderte, Herr Fazy habe hier Nichts zu reden und möge hinausgehen; ein anderer parodirte den Mirabeau und meinte, man werde nur der Gewalt der Bayonnette weichen. Das sei eben nicht nöthig, erwiderte Fazy, das Volk komme schon. Und wirklich drängten sich mehrere der Bürgerсолдаты, der *Messieurs les émeutiers* in den Saal, worauf die Herren Gesetzgeber abzogen, ruhig und ungeneckt. Auch wurde die öffentliche Ordnung und die rastlose Thätigkeit der neuen provisorischen Regierung keinen Augenblick gestört.

Das ist der kurze Hergang des Genfer Putschs, an welchen ich noch einige erbauliche Betrachtungen anknüpfen will. Zuerst stellt es sich bedeutsam heraus, welch' ein samöses Emeutentalent in dem französischen Blute steckt. Im ganzen haben die deutschen Schweizer gewiß ebenso viel Muth, als die französischen, aber wie geht es bei ihren Putschs? Ein Landsmann, der freilich auf die Schweizer ebenso erboßt ist, als diese auf die Fremden, sagte mir, diejenige Partei bleibe stets siegreich, welche am wenigsten schnell davon laufe. Es ist aber wirklich etwas Wahres daran. Bei dem Züricher Putsch 1839 ließen sich 5—6000 fanatisirte Bauern von 30 Dragonern und ein paar Infanterie-Kadetten in die wildeste Flucht sprengen und darauf dankte die Regierung ab. Die Freischaaren werfen die regulären Truppen zurück, dringen siegreich bis vor die Thore Luzerns und dann — laufen sie auch davon. Die Genfer dagegen, mangelhaft bewaffnet, schlecht mit Munition versehen, trotz einer beinahe vierstündigen Kanonade, werfen geschlossene Bataillone zurück, die Gamins arbeiten so lustig an den Barrikaden, wie nur je in Paris, und die Drohung des Bombardements spornt sie nur zu fröhlicherem Muth. Aber den Herren *epiciers* fiel das Herz in die Hosen. Schon bei der gestrigen Kanonade hatten ihre Fenster und Herzen gezittert; was aber jetzt bevorstand, das war doch zu arg, Bombardement mit glühenden Kugeln, Feuersbrunst, möglicherweise verzweifelte Ausfälle der *Messieurs les émeutiers*, kurz alle Schrecknisse des Bürgerkriegs, nicht mehr wie gestern hübsch aus der Ferne anzuschauen, sondern in unmittelbarer Nähe ihrer Krambuden — nein, das war zu arg; aus lauter Angst wurde die Bourgeoisie tapfer und forderte die Regierung auf abzutreten. Und die Regierung trat ab, die Insurgenten jubeln *victoria* und ziehen fröhlich mit rauschenden Fahnen durch die beruhigten Straßen von Genf.

Aber, fragst du, welche Genfer sind es denn, welche die Schmach, daß die „weisen und erleuchteten“ Staatsmänner des protestantischen Genf so anmuthig mit den Jesuiten liebäugelten, so tief und brennend empfanden, daß sie zu den Waffen griffen? Sind es die alten Aristokraten, die nicht seliger sind, als wenn sie sich in Paris Marquis und Grafen tituliren lassen können? Sind es ihre jüngeren Söhne, die schulfüchsiges Doktrinairs? Sind es die protestantischen Geistlichen, die ihre Religion für gefährdet erachten? Ist es die sonst überall so liberale Bourgeoisie? Alles Nichts; es sind die Arbeiter, die Proletarier von St. Servais; von Arbeitern nämlich wird dieses Quartier hauptsächlich bewohnt, nur daß diese Proletarier nicht grade in dem materiellen Elend leben, wie die Proletarier anderer Länder. Diese waren es, welchen die ihrem Vaterlande angethane Schmach die Schamröthe so brennend in's Gesicht trieb, daß sie zähneknirschend ausriefen: *La liberté ou la mort!* Bravo, ihr Proletarier! Freilich verstanden sie unter der *liberté* nichts weiter, als „keine Doktri-

nairs und keine Jesuiten“; aber auch diese müssen fort und zwar zuerst. „Der Proletarier, sagt zwar immer die Bourgeoise, hat kein Interesse an dem Bestehen des Staates, und darum ist er von der Staatsverwaltung und Gesetzgebung gänzlich auszuschließen.“ Gegen diesen Schluß muß ich protestiren; allerdings kümmert sich der Proletarier nicht um alle politischen Raubalgereien der Bourgeoise, wenn aber in Wahrheit die Ehre des Staates oder des Landes von äußeren oder inneren Feinden gefährdet wird, wer rührt sich da rascher und kräftiger, der Proletarier oder der Bourgeois? Fragt den Montmartre, fragt die Barrikaden der Julirevolution, fragt die Barrikaden von St. Gervais! —

Unter den Schweizerblättern ist die zopfkonserervative „Baseler Zeitung“ die einzige, welche diesen Punkt hervorgehoben hat, freilich nur, um ihren Lesern desto größeren Abscheu von der Genfer Bewegung beizubringen. Sie sagt: „Es ist ein Sieg des Proletariats über die Bourgeoise, es ist nicht bloß eine politische, es ist auch eine soziale Revolution.“ Der Schrecken hat die Phantasie der guten alten Dame etwas zu weit geführt. Allerdings werden die Arbeiter von St. Gervais jetzt zu dem Bewußtsein gekommen sein, daß sie es sind, in denen das Gefühl für Volksehre am tiefsten glüht, daß sie allein den Muth zum Handeln hatten, daß sie den Ausschlag gegeben haben. In diesem Bewußtsein werden sie allerdings die liberalen Schönredner des Gr. Rathes, die sich mit wenigen rühmlichen Ausnahmen verkrochen, als es an's Handeln ging, von sich weisen und sich fernerhin nicht von der Bourgeoise über die Achsel anblicken lassen, sie werden dafür sorgen, daß auch auf ihr Interesse künftig Rücksicht genommen wird, und in diesem Sinne beschloßen sie auch, unter den Waffen zu bleiben, bis die neue Ordnung fest gegründet wäre *). Das ist Alles recht gut und schön und darum hat auch diese Genfer Bewegung eine höhere soziale Bedeutung, als das sonstige Butschen um die Regierungssessel; aber von da bis zu einer sozialen Revolution ist's doch noch ein ziemlicher Abstand. Aber das Wort der Baslerin war einmal gesprochen und die „Neue Züricher Ztg.“ — halt' dich aber fest, damit du nicht mit dem Stuhle hintenüber fällst und das Genick brichst, wie weiland der Hohepriester Eli — nennt das eine „Verdächtigung“ und bemüht sich ganz ernsthaft, diese „Verdächtigung“ zurückzuweisen. Ihr Beweis ist folgender: 1) es haben nur 2 Individuen, die sonst kommunistischen Tendenzen hulldigen, an dem Kampfe Theil genommen und 2) nur 5—6 der öffentlichen Unterstützung bedürftige Personen: folglich ist die Genfer Revolution eine politische und keine soziale. Bei der geistreichen und tiefen Auffassung des Sozialismus und Kommunismus, wie sie in der Schweiz üblich, ist dieser Schluß hündig genug. Wenn ich aber auch oben der Genfer Bewegung mittelbar eine soziale Bedeutung beilegte, so erinnere ich doch daran, wie viele rein politische Revolutionen schon ebenfalls durch die Proletarier entschieden worden sind, und ich stimme der „Neuen Zür. Ztg.“ bei, es ist keine soziale Revolution, denn, wie ich schon bemerkte, der Kampf gegen die Jesuiten ist hier

*) Die provisorische Regierung hat jedoch nach einigen Tagen Milizen einberufen, um die Insurgenten in dem ermüdenden Postenblasse abzulösen. Zugleich ließ sie aber auch Waffen und Munition in hinreichender Menge nach St. Gervais bringen, um es gegen einen reaktionären Handstreich sicher zu stellen und zugleich jedem Mißtrauen der Insurgenten vorzubeugen.

ein politischer Parteienkampf. Die Radikalen jubeln, daß sie eine Stimme mehr gegen die Jesuiten haben, und den Legalen ist das auch schon recht, wenn nur keine illegale Revolution dabei im Spiele wäre. Sie machen dazu ein Gesicht, wie ein hungriger, aber säuberlich gewöhnter Mensch, dem man ein leckeres Gericht auf einer unsaubern Schüssel überreicht; aber sie greifen doch am Ende zu. Zu einem Beschlusse gegen den Sonderbund fehlt jetzt nur noch $\frac{1}{2}$ Stimme und Baselstadt wird schon von der Bewegung fortgerissen. Die Liberalen fingen in Basel an zu agitiren, um den Gr. Rath zu einer Instruktion gegen den Sonderbund zu vermögen; die Konservativen, da sie sehen, daß es doch nun einmal nicht anders geht, stellen sich, um nur ja am Ruder zu bleiben, nun selbst an die Spitze dieser Bewegung und müssen also in eidgenössischen Dingen radikal thun, wenn sie auch daheim den Pöppel beibehalten zum eigenen Ergötzen. Eine außerordentliche Tagsatzung ist nicht unwahrscheinlich, dann wird es heißen: Nieder mit dem Sonderbund! und dann: Nieder mit den Jesuiten! Das kann auch die Lösung zum Bürgerkriege sein; oder die kleinen Kantone lassen die Jesuiten fahren und es geht ruhig ab. Und dann? — † † †.

Aus dem Amte Wittlage-Sunteburg, Ende Oktober.

Gelisa, juchelisa, dudel dumm dei,
's geht hoch hier her, bin auch mit dabei!

Wahrhaftig, unsre Chronik wird in diesem Jahre interessant; die nackten Thatfachen bedürfen keiner besondern Beleuchtung, sie illustriren sich selbst. Schon wieder kann ich Ihnen ein Stückchen von hiesiger Beamtenwillkühr erzählen, wie es anderswo höchstens noch beim Militair vorkommt. Die Geschichte ist bereits in Aller Munde, aber wunderbar, die Presse hat sich noch gar nicht darum bekümmert; 's muß auch wohl seinen büreaucratischen Haken haben. —

Das Stück spielt zwischen einem unsrer hiesigen Advokaten, dem Dr. D. und seinem nächsten Vorgesetzten, dem Amtsassessor v. M., welche beide schon seit längerer Zeit nicht im besten Einvernehmen standen; Publikum unter Andern auch zwei Osnabrücker Advokaten; Ort der Handlung die Amtsstube, wo sich der Assessor bereits an der Arbeit befindet. Der Dr. D. . . . tritt herein, und ersucht den Assessor um Vorzeigung eines Aktenstückes, das er, der Dr., im Interesse seiner Klienten nothwendig einsehen müsse. Der adelige Herr Assessor verweigert die Herausgabe, und verweist den Advokaten auf den Sprechtag. Auf die Remonstration dieses, daß die Sache keinen Aufschub erleiden könne, läßt er sich indeß das Aktenstück geben, durchblättert es, legt es dann aber mit der Äußerung ab, daß nichts Gütiges darin stände, wieder zurück.

Dr. D.: Er müsse die Akten nothwendig selbst einsehen.

Assessor v. M.: Schweigen Sie. Wissen Sie, was das Sprichwort bedeutet: „Wie man in den Wald schreit, so schallt es heraus“?

Dr. D. (etwas verwundert): Soll sich diese Frage auf den Termin beziehen?

A. v. M.: Schweigen Sie! Ich frage Sie nochmals: Wissen Sie, was das Sprichwort bedeutet: „Wie man in den Wald schreit, so schallt es heraus“?

Dr. D. (mit Ruhe): Ich habe keine Veranlassung, die Frage zu beantworten.

A. v. M. (außer sich): Wie, Sie schweigen nicht? Sie wiederlegen Sie? Sie werden vier und zwanzig Stunden im Gefängnisse zubringen! (Schellt dem Gefängnißwärter.)

Der Gefängnißwärter tritt alsbald in die Amtsstube, weiß sich aber vor Erstaunen kaum zu fassen, als ihm der **Dr. D.** als Arrestant überwiesen wird. Diesem wird noch gestattet, seinen Schreiber mitzunehmen, da er selbst durch das Springen einer Windbüchse vor einigen Jahren beide Arme verloren hatte.

Die Sache ist bei der Justiz-Kanzlei in Dsnabrück anhängig gemacht. Der Herr Assessor haben gegen deren Kompetenz zwar remonstrirt, weil hier höchstens von einem Dienstvergehen, welches die Administrationsbehörde angehe, die Rede sein könne; jedoch vergeblich; es ist bereits beschlossen, die Sache kriminaliter zu behandeln.



Redacteur: **Dr. Otto Lüning** in Rheda.

Bielefeld. Verlag von **A. Helmich.** — Druck von **J. D. Küster, Witwe.**



